

**Erwin Scharf**

---

**Lob der  
Ideologie**



**VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin**

**Erwin Scharf**

# **Lob der Ideologie**

**Den Marxismus  
nicht anpassen  
sondern  
weiterentwickeln!**



**VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin · 1968**

## Inhaltsverzeichnis

Standpunkt	7
1. Friedliche Koexistenz verlangt ideologischen Kampf	11
2. Klassenbedingte Erkenntnisse – ohne Dogmatismus	20
3. Demokratie: Ein Wort – zwei Welten	27
4. Ideologisch offensiv und tolerant	40
5. Beispiel für Entideologisierung: Die SPD	46
6. Für einen modernen Arbeitsstil	54

## Standpunkt

„Alles, was von der menschlichen Gesellschaft geschaffen worden war, hat Marx kritisch verarbeitet und nicht einen Punkt unbeachtet gelassen. Alles, was das menschliche Denken hervorgebracht hatte, hat er umgearbeitet, der Kritik unterworfen, an der Arbeiterbewegung überprüft und dann jene Schlußfolgerungen gezogen, die die in den bürgerlichen Rahmen eingezwängten oder an bürgerliche Vorurteile gefesselten Menschen nicht zu ziehen vermochten.“<sup>1)</sup>

„Im großen und ganzen gehen wir bei der Ausarbeitung unserer Politik von den Positionen des XX. Parteitages aus, und wir bleiben weiterhin davon überzeugt, daß man von ihnen ausgehen muß.“<sup>2)</sup>

1. Mit ihrer kritisch-wissenschaftlichen Durchleuchtung der kapitalistischen Gesellschaft und der verheißenden Darstellung der Grundzüge des Sozialismus schufen Marx und Engels die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Weiterentwickelt von Lenin, erfuhr die revolutionäre Ideologie der Arbeiterklasse ihre erste glänzende Bewährung in der Oktoberrevolution. Seitdem ist eine sozialistische Welt entstanden. Der Marxismus-Leninismus war längst nicht mehr bloße Theorie, er ist eine die Wirklichkeit gestaltende Kraft geworden.

<sup>1)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1957, S. 276

<sup>2)</sup> Memorandum des Genossen Palmiro Togliatti, in: „Neues Deutschland“, Berlin, 12. 9. 1964

Dogmatische, dem Marxismus wesensfremde Schwächen aus der Zeit des Personenkults werden seit dem XX. Parteitag der KPdSU und den Weltkonferenzen von 1957 und 1960 Schritt für Schritt überwunden. Aber die bitteren Erfahrungen vergangener Jahre führen nicht immer zu den notwendigen Schlußfolgerungen. Es gibt Kommunisten, denen Abbau des Dogmatismus und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus entsprechend den Bedingungen unserer Zeit und des jeweiligen Landes noch keine Erleichterung geben. Ihr Mißtrauen gegen den Dogmatismus steigert sich oft zu einem Mißtrauen gegen die Ideologie des Marxismus-Leninismus schlechthin.

2. Wirtschaftskonzepte, Strukturreform, Mitbestimmung und die Arbeit von Fachleuten gewinnen wachsende Bedeutung für die Politik der kommunistischen Parteien – in einem Zeitalter, das wir als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab charakterisiert haben. So notwendig es ist, diese Orientierung beizubehalten, weiterzuentwickeln und zu vertiefen, so wäre es doch gefährlich, wenn sich daraus die Tendenz ergeben würde, die Bedeutung ideologischer Fragen zu übersehen, die Ideologie abzuwerten.

Gerade, wenn sich kommunistische Parteien auf den **friedlichen Weg** zum Sozialismus orientieren, kommt es entscheidend auf die Überzeugungskraft der Ideologie an. Eine Abwertung der Ideologie wäre nicht nur eine Entwaffnung der Arbeiterklasse gegenüber der Ideologie des Gegners, sie wäre auch ein Verzicht auf das Nutzbarmachen dieses wichtigen Kampfmittels, durch das wir dem Gegner überlegen sind, auf dem unsere Fähigkeit basiert, die Zukunft der menschlichen Gesellschaft im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution menschlich zu gestalten.

3. Der ideologischen Aufgeschlossenheit und der Gediegenheit unseres ideologischen Wissens kommt auch eine große Bedeutung für die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie zu. Je schwächer die Partei ideologisch ist, desto größer ist auch die Gefahr innerparteilicher Konfusionen bei der Beurteilung weltpolitischer Probleme, desto größer sind die Versuchungen, innerparteilichen Meinungsstreit administrativ statt politisch ideologisch auszutragen, desto mehr Neigung zu sektiererischem Verhalten wird sich in der Politik der Partei durchsetzen.

Einige aktuelle umstrittene Fragen der Ideologie sollen hier zur Diskussion gestellt werden, mit dem Ziel, zu einer Aufwertung der Ideologie beizutragen.

„Lob der Ideologie“ ist im Ergebnis von Diskussionen über ideologische Fragen in der KPO im Jahre 1967 geschrieben worden. Der Abschnitt über die Demokratie ist zu einem späteren Zeitpunkt, 1968, im Zusammenhang mit der Diskussion über das Dokument des Zentralkomitees „Demokratie und Sozialismus“ entstanden. Infolge der verspäteten Drucklegung – es gab in Österreich keinen Verlag dafür – sind einige Beispiele, die ich für meine Argumentation anführe, nicht mehr ganz aktuell. Sie sind aber deshalb nicht weniger gültig und zutreffend.

Diese Arbeit erscheint außerhalb des österreichischen „Establishment“. Dem VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR), bin ich für die Respektierung meiner Auffassung dankbar.

Wien, Juli 1968

Erwin Scharf

# 1.

## **Friedliche Koexistenz verlangt ideologischen Kampf**

„Friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Sie setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus. Ideologischer und politischer Streit zwischen Staaten darf jedoch nicht durch Krieg ausgetragen werden.“<sup>3)</sup>

Auch die friedliche Koexistenz ist ein ideologisches Problem. Sie ist nicht ganz einfach ein Nebeneinander von Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen, wie das Nebeneinander von Tisch und Stuhl. Sie ist eine Politik und gleichzeitig das Ergebnis dieser Politik, das ständig bestritten ist und daher ständig dieser Politik bedarf, um sich durchzusetzen.

Der österreichische Völkerrechtler Stephan Verosta z. B. interpretiert die friedliche Koexistenz in einem Sinn, durch den sie jedes Profil, jede konkrete Verpflichtung verliert: „Die Geschichte der Menschheit spielt sich in geschichtlich faßbarer Zeit immer als das gleichwertige Vorhandensein, also das Zusammenbestehen souveräner, d. h. von niemand anderem abhängiger Menschengemeinschaften und als ihre Auseinandersetzung miteinander ab. Damit ist die Geschichte der Koexistenz so alt wie die Geschichte der in souveräne Verbände gegliederten Menschheit.“<sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1961, S. 38

<sup>4)</sup> Koexistenz zwischen Ost und West, von Hans Mayrzedt und Helmut Romé, Wien 1967, S. 19

Für Verosta bietet die menschliche Geschichte eine Reihe von Beispielen friedlicher Koexistenz von Staaten, die sich zu verschiedenen Religionen, Ideologien und sozialen Systemen bekennen: „Nach Perioden der Spannung und der Konflagration kommt es zu einem Nebeneinanderbestehen, zu eben der Koexistenz und bald zu oft langen Zeitspannen friedlicher Zusammenarbeit“<sup>5)</sup>. Folglich ist nach dieser Auffassung die „friedliche Koexistenz“ unserer Tage „nur ein neuer Terminus für den natürlichen Zustand von altersher, der im Verlauf der Geschichte nach allen Katastrophen und Kriegen sich als ein, wenn auch noch so labiles friedliches Gleichgewicht der Kräfte eingestellt hat“<sup>6)</sup>.

Tatsächlich ist die friedliche Koexistenz unserer Tage mit solchen Ergebnissen aus antagonistischen Entwicklungen, Eroberungskriegen, Religionskriegen und imperialistischen Kriegen vergangener Epochen keineswegs identisch. Im Sinne eines bloßen Nebeneinanders von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung hätte man noch die Worte Lenins auffassen können, der im September 1919 von einer Periode sprach, „in der sozialistische und kapitalistische Staaten nebeneinander existieren werden“<sup>7)</sup>. Im gleichen Sinne fixierte Lenin die Haltung der KPR (B) zur Außenhandelskonferenz in Genua. Im März 1922 erklärte er auf dem XI. Parteitag der KPR (B): „Es ist klar, daß wir nicht als Kommunisten, sondern als Kaufleute nach Genua gehen. Wir müssen Handel treiben, und sie (die bürgerlichen Partner – E. Sch.) müssen Handel treiben. Wir möchten, daß dieser Handel zu unserem Vorteil ausschlage, und sie möchten, daß er ihnen Vorteil bringe.“<sup>8)</sup>

Handel zum gegenseitigen Vorteil, das ist zweifellos ein Moment, ein Aspekt der friedlichen Koexistenz. Inzwischen aber ist die Sowjetunion zur Weltmacht geworden, und die sozialistischen Staaten bestimmen mit ihrer Weltpolitik weitgehend das Weltgeschehen. Die Hauptlinie dieser Außenpolitik, die friedliche Koexistenz, hat sich, insbesondere seit dem XX. Parteitag und der dort erfolgten Neueinschätzung der weltpolitischen Situation, ausgeweitet, bereichert und aktiviert. Weniger denn je ist sie ein Zustand, der sich ergeben hat, sondern ein bewußt angestrebtes Ziel, eine bestimmte Qualität der Beziehungen zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftssysteme, deren Dringlichkeit sich aus der objektiven Notwendigkeit des Friedens unter den Bedingungen

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 20

<sup>6)</sup> Ebenda, S. 21

<sup>7)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 22

<sup>8)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 250

unserer Zeit ergibt. Ihr Wesen kann nicht getrennt werden von der Politik, durch die sie verwirklicht wird. Als politisches Konzept ist die friedliche Koexistenz gleichzeitig eine Aufgabe, deren reale Basis die neuen Machtverhältnisse in der Welt sind und an deren Erfüllung Staaten und politische Kräfte bewußt mitwirken.

Als Konzept ist die friedliche Koexistenz ein ständiger Kampf gegen die Gefahren des Krieges. Es hat also das Erkennen dieser Gefahren zur Voraussetzung. Hierher gehört das Wissen von der alles zerstörenden Kraft moderner Massenvernichtungsmittel und damit verbunden der Kampf für die Abrüstung bis zur allgemeinen und totalen Abrüstung, wie sie in der UNO-Resolution vom Jahre 1959 gefordert wird. Hierher gehört das Wissen von den Kriegstendenzen des Imperialismus, gegen den sich die Massenkämpfe der Friedenskräfte in aller Welt für Sicherheit und dauernden Frieden richten, hierher gehört das Wissen von der Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung in einer Weise zu entwickeln, durch die die Kriegsgefahren weitestgehend abgebaut werden.

Diesem Ziel dienen die staatlichen Bemühungen um Warenaustausch und Handel, um kulturelle Beziehungen, um wirtschaftliche, politische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Friedliche Koexistenz bedeutet gleichzeitig Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten: „Außer der Verpflichtung, nicht anzugreifen, setzt er (der Begriff der friedlichen Koexistenz) auch die Verpflichtung aller Staaten voraus, die territoriale Integrität und Souveränität eines anderen in keiner Form und unter keinem Vorwand zu verletzen. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz bedeutet, daß man darauf verzichtet, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit dem Ziel einer Änderung der Staatsordnung oder ihrer Lebensweise oder aus irgendwelchen anderen Motiven einzumischen.“<sup>9)</sup>

Diesen Grundsätzen entspricht auch die Anerkennung des Rechts der Völker auf nationale Unabhängigkeit und die moralische und materielle Solidarität mit den nationalen Befreiungskämpfen gegen koloniale Unterdrückung.

Die friedliche Koexistenz ist, wie dieser fragmentarische Überblick schon zeigt, an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden, die noch keineswegs traditionelle Gewohnheit und unbestritten sind. Die Durchsetzung

<sup>9)</sup> N. S. Chruschtschow, Einen Krieg verhüten – die vordringlichste Aufgabe, Moskau 1963, S. 66

der friedlichen Koexistenz ergibt sich somit nicht im Selbstlauf, nicht automatisch. Sie verlangt ideologische Klarheit und zielgerichteten unermüdlichen Kampf gegen die imperialistischen Kräfte und die ideologischen Verbrämungen ihrer schlechten Absichten.

Aber friedliche Koexistenz ist auch keine Zauberformel, durch die die Gegensätze der verschiedenen Gesellschaftsordnungen zum Verschwinden gebracht werden können. Die Rivalität zwischen Kapitalismus und Sozialismus bleibt bestehen. Aber es ist eine Rivalität, die durch den Wettlauf um die besseren, überzeugenderen Leistungen für die Völker ausgetragen wird.

Die friedliche Koexistenz will den Kampf zwischen den beiden sozialen Systemen auf friedliche Mittel beschränken. Im Rahmen dieses Kampfes spielt der wirtschaftliche Wettbewerb eine hervorragende Rolle: Wirtschaftswachstum, wachsender materieller Wohlstand, soziale Sicherheit, Mitbestimmung sind Kriterien für die Beurteilung der Wirtschaftssysteme. Gleichzeitig sind die wirtschaftlichen Fortschritte eine wichtige Basis für die weitere Entfaltung von Demokratie und Kultur und für die Erhöhung der Attraktivität des Sozialismus.

Der Begriff „friedliche Koexistenz“ als politisches Konzept für die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen umfaßt also eine ganze Reihe von Elementen und Aufgaben, die nur im Zusammenhang miteinander ein Ganzes, nämlich das Konzept der friedlichen Koexistenz ergeben: die Außenpolitik der sozialistischen Staaten, die Massenaktionen für Frieden und Abrüstung, die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, der wirtschaftliche Wettbewerb, der ideologische Kampf usw. All das hat im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz seinen Platz, und jede isolierte Betrachtung des einen oder anderen dieser Elemente richtet sich im Grunde genommen gegen das ganze Konzept.

Tatsächlich gibt es nicht wenige Versuche, das Festhalten an der sozialistischen Ideologie und ihrem Gegensatz zur bürgerlichen Ideologie als Widerspruch zur Politik der friedlichen Koexistenz darzustellen. So macht der ehemalige Kabinettschef des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Gesandter Rudolf Kirchschräger, den Kommunisten den Vorwurf, daß ihre Auffassung von friedlicher Koexistenz ideologische Aggression beinhalte und zeitlich begrenzt sei. Mit Berufung auf das vom Staatsverlag der DDR herausgegebene, von A. A. Gromyko redigierte, Buch „Die friedliche Koexistenz – der Leninsche Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion“, schreibt Kirchschräger: „Sorge

und Enttäuschung darüber, daß man nur von einer ‚Periode‘ der Koexistenz sprach und, wollte man ehrlich bleiben, auch nur von einer Periode sprechen konnte, daß also die Koexistenz nicht die umfassende Friedenssehnsucht decken konnte, war groß.“<sup>10)</sup>

Was wird nun in dem angeführten sowjetischen Buch tatsächlich gesagt? Es heißt dort: „Der Leninismus, der die historische Unvermeidbarkeit der Periode des Nebeneinanderbestehens des sozialistischen und des kapitalistischen Systems anerkennt, unterscheidet zwei Hauptetappen oder zwei Stufen dieser Koexistenz: **die erste** von der Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem Lande bis zur Herausbildung des sozialistischen Weltsystems und **die zweite** von der Entstehung dieses sozialistischen Systems bis zum Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt.“<sup>11)</sup>

Wenn also die friedliche Koexistenz nach kommunistischer Auffassung nur für eine bestimmte Periode gelten soll, so doch nur deshalb, weil wir Kommunisten der Überzeugung sind, daß es nicht in aller Ewigkeit Staatengruppen mit verschiedener Gesellschaftsordnung geben wird. Nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz sollen jedoch die Beziehungen zwischen Staaten **verschiedener** Gesellschaftsordnung geregelt werden. Da nach unserer Überzeugung jedoch alle Völker den Weg zum Kommunismus finden und beschreiten werden, wird es also eine Zeit geben, da die Beziehungen zwischen den Staaten nicht auf den Grundlagen der friedlichen Koexistenz, sondern der sozialistischen Freundschaft und der internationalen Solidarität beruhen.

Es ist nichts als eine Fehlinterpretation, wenn Äußerungen kommunistischer Staatsmänner über die **Periode** der friedlichen Koexistenz so ausgelegt werden, als ob die Kommunisten nach einer solchen Periode eine Periode gewaltsamer Auseinandersetzungen und Kriege zwischen Staaten vor Augen hätten. Was jedoch den Vorwurf der ideologischen Aggressivität betrifft, die Kirchschräger als Antinomie zum ideologischen Frieden, zur ideologischen Koexistenz auffaßt, so handelt es sich hier um eine zwar oberflächliche und offenbar unbewußte, aber dennoch nicht unwirksame Schützenhilfe für jene Kräfte, die sich die ideologische Unterminierung der Politik der friedlichen Koexistenz zum Ziel gesetzt

<sup>10)</sup> Koexistenz zwischen Ost und West, a. a. O., S. 46

<sup>11)</sup> Die friedliche Koexistenz – der Leninsche Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, Einleitung und Gesamtedition: A. A. Gromyko, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1964, S. 23–24



haben: Der Begriff „ideologische Aggressivität“ suggeriert nämlich die Vorstellung, daß die sozialistischen Länder mit der friedlichen Koexistenz eine Aggressionsideologie verbinden, daß sie für Kalte-Kriegs-Agitation und geistige Kriegsvorbereitung verantwortlich sind. Kirchschlager gibt keine Definition für das, was er unter ideologischer Aggressivität versteht. Etwas mehr dazu sagt Hans Mayrzedt mit seiner Formulierung: „Ideologische Aggressivität – und darauf basierend ‚internationaler Klassenkampf‘ in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht – unter Ausschluß militärischer Konflikttypen.“<sup>12)</sup> Aber das, was Mayrzedt hier als kennzeichnend für ideologische Aggressivität anführt, ist nur ein Hinweis auf die Tatsache, daß mit der friedlichen Koexistenz Klassen, Klassegegensätze und daher auch der Klassenkampf noch nicht aus der Welt geschafft werden. Klassegegensätze und Klassenkampf gibt es ganz einfach auf Grund der Existenz antagonistischer Klassen. Und diesen Klassen entsprechen jeweils bestimmte Ideologien.

Die Politik der friedlichen Koexistenz ist also alles andere denn aggressiv. Sie ist im Gegenteil eine Politik, die sich gegen die Aggressivität, gegen die Parolen des Kalten Krieges und gegen den Antikommunismus wendet. Aber Mayrzedt will das nicht wahrhaben, und so stellt er der angeblich ideologische Aggressivität einschließenden östlichen Koexistenzthese eine „westliche Koexistenzthese“ gegenüber. Aber, wohlgemerkt, Mayrzedt sagt „westliche Koexistenzthese“, ohne zu definieren, was darunter zu verstehen ist. Und so bleibt es dem Leser überlassen, sich einzubilden, daß der „Westen“, friedfertiger als der „Osten“, Koexistenz auch im ideologischen Bereich anstrebe.

Mit einer solchen Koexistenzthese würden wir uns gerne befassen, wenn sie als These tatsächlich je von jemandem formuliert worden wäre. Aber die sogenannte „westliche Koexistenzthese“ gibt es in Wahrheit gar nicht. Es gibt lediglich individuelle, sehr widerspruchsvolle und gegensätzliche Stellungnahmen westlicher Politiker und Staatsmänner zum Konzept der friedlichen Koexistenz. Die Forderung nach ideologischer Koexistenz kommt darin nicht vor.

Gehen wir von Österreich aus: Selbst der neutrale Staat ist ideologisch verpflichtet. Immer wieder wird hierzulande auf den Unterschied zwischen Neutralität und Neutralismus hingewiesen. Weder Raab noch Gorbach noch Klaus, weder Schärf noch Pittermann, weder Figl noch Kreisky noch Toncic haben je ein Hehl daraus ge-

<sup>12)</sup> Koexistenz zwischen Ost und West, a. a. O., S. 67

macht, daß für sie und die Regierung, der sie angehörten bzw. angehören, unabhängig von der außenpolitischen Neutralität, die ideologische Optierung für den „Westen“ feststehe. In dem 1965 erschienenen Buch „Zwanzig Jahre Zweite Republik“, zu dem Bundeskanzler Klaus das Vorwort schrieb, behandelt ein Beitrag aus der Feder des Chefredakteurs des Grazer OVP-Organs den Inhalt der österreichischen Neutralität: „Die Verpflichtung zur Neutralität – wird hier erklärt – hat selbst im Kriegsfall nichts mit der Sympathie für einen der Kriegführenden zu tun ... es gilt sogar als offizielle Lehrmeinung, daß auch die Regierung des neutralen Staates ihre Sympathien zum Ausdruck bringen darf ... Der Staatsvertrag ist ausdrücklich und im Einverständnis mit den sowjetischen Staatsmännern in der Voraussetzung geschlossen worden, daß Österreich ein freiheitlich organisierter, ideologisch dem freien Westen zugehöriger Staat bleibt ...“<sup>13)</sup> Und in diesem Sinne haben auch nach der Neutralitätserklärung der Regierung unseres Landes Franco-Spanien, das Amerika der Vietnam-Aggression und das Staatsstreich-Regime Griechenlands ideologisch diesem stets näher gestanden als irgendein sozialistischer Nachbarstaat.

Der Vorsitzende der SPÖ, Dr. Kreisky, macht die Verbesserung der außenpolitischen Beziehung direkt von der ideologischen Distanzierung abhängig. Die „Arbeiter-Zeitung“ gab seinen Standpunkt wieder: „Man kann eine Politik der Annäherung an die kommunistischen Länder nur betreiben, wenn man sich von ihnen ideologisch deutlich abgegrenzt hat.“<sup>14)</sup>

Von ideologischer Koexistenz im Rahmen einer westlichen Koexistenzthese ist also weit und breit nichts zu merken. Wohl aber hat sich die „westliche“ Ideologie oft genug als Aggressions-Ideologie erwiesen. Es ist noch nicht so lange her, seit die sogenannte westliche Welt geeint den Agitationslosungen des Kalten Krieges, die amerikanische Politik am Rande des Abgrundes akzeptierte, deren offen erklärtes Ziel es war, die Völker in den sogenannten Satellitenstaaten zu „befreien“, d. h. in den Schoß des Kapitalismus zurückzuführen. Heute noch dient dem US-Imperialismus diese sonderbare Freiheitsideologie als Vorwand für die Vietnam-Aggression, und der Antikommunismus inspiriert die Diktatoren in Spanien und Griechenland bei ihren Maßnahmen zur Unterdrückung der Freiheit, zur Verfolgung der Demokraten.

<sup>13)</sup> Zwanzig Jahre Zweite Republik, Wien 1965, S. 361, 364

<sup>14)</sup> „Arbeiter-Zeitung“, Wien, 21. 2. 1967

Wenn von ideologischer Aggressivität die Rede ist, sollte man aber auch den beharrlichen Kampf des westdeutschen Regimes gegen den Status quo in Europa, wie er sich aus der Niederlage der Hitler-Faschisten ergeben hatte, nicht übersehen. Dieser Revanchismus ist zweifellos auch eine Ideologie: Bonns Weigerung, die Deutsche Demokratische Republik anzuerkennen, die bestehenden Grenzen Europas zu akzeptieren, ist unzweideutig ideologische Aggression. Und doch erfreut sich diese Aggressivität der Unterstützung zahlreicher westeuropäischer Staaten. Selbst die Regierung des neutralen Österreich tut da mit, indem sie entsprechend dem Bonner Alleinvertretungsanspruch sich weigert, diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik aufzunehmen. Die Koexistenzpolitik der sozialistischen Länder richtet sich gegen diese Aggressivität. Insofern ist die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz auch eine ideologische Aufgabe. Sie muß gegen den Antikommunismus, gegen die Agitation des Revanchismus und des Kalten Krieges, ja selbst gegen imperialistische Kriegshandlungen durchgesetzt werden.

Die Rolle der Ideologie wird auch von manchen Kommunisten übersehen, die mit dem Begriff „Ideologische Koexistenz“ kokettieren. Zunächst geht es hierbei um begriffliche Unklarheiten. Man spricht von ideologischer Koexistenz, ohne zu definieren, was man darunter versteht: Friedliche Koexistenz ist die Alternative zum Krieg. Ist also die ideologische Koexistenz die Alternative zum offensiven Meinungsstreit, zur ideologisch kämpferischen Auseinandersetzung? Die Analogie ist bestechend. Sie wird durch Kirchschräger und Mayrzedt gestützt. Andere denken mehr an Dialog und Konfrontation der Ideen. Der Leser aber ist verleitet, an ideologische Anpassung zu denken, an die Preisgabe von wissenschaftlichen Überzeugungen und prinzipiellen Erkenntnissen, ja an Kapitulation vor bürgerlichen Ideologien.

Dazu kommt, daß im Rahmen der ideologischen Offensive gegen den Sozialismus auch die sogenannte Konvergenztheorie vertreten wird. Mit der Behauptung, daß sich im Kapitalismus wie im Sozialismus die „moderne Industriegesellschaft“ herausentwickelt habe, mit gleichen oder ähnlichen Merkmalen, und daß eine zunehmende Anpassung bzw. Annäherung der beiden gesellschaftlichen Systeme feststellbar sei, will man: im Kapitalismus die Arbeiterklasse ideologisch entwaffnen, im Sozialismus die Werktätigen für die Infiltration bürgerlichen Gedankenguts aufgeschlossen machen. Mit dem Gerede von der gleichen Verant-

wortung der beiden Weltmächte, der USA und der Sowjetunion, für den Frieden, soll das Bewußtsein von der Gefährlichkeit der imperialistischen Aggressionspolitik verdunkelt werden.

Tatsächlich würde jede ideologische Kapitulation die friedliche Koexistenz nicht sichern, sondern gefährden. Das Wort von der ideologischen Koexistenz macht die friedliche Koexistenz, die natürlich nicht ohne politische Kompromisse verwirklichtbar ist, eher suspekt. Friedliche Koexistenz geht mit dem Wettbewerb um die größeren Leistungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, ideologischem und künstlerischem Gebiet Hand in Hand. Friedliche Koexistenz und die Rivalität der verschiedenen Gesellschaftssysteme sind nicht voneinander zu trennen.

## 2.

### Klassenbedingte Erkenntnisse – ohne Dogmatismus

„Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln **müssen**, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen.“<sup>15)</sup>

Das Spielen mit dem Begriff der ideologischen Koexistenz innerhalb der Arbeiterbewegung weist darauf hin, wie sehr nach den dogmatischen Entstellungen in bestimmten Kreisen das Vertrauen zur Ideologie der Arbeiterklasse verschüttet ist. Es ist Ausdruck einer Tendenz, den grundsätzlichen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie, zwischen falschem und wissenschaftlichem Bewußtsein zu ignorieren und den grundsätzlichen Unterschied der Beziehungen kapitalistischer Klassen und der Arbeiterklasse zu bestimmten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Wahrheiten zu verkennen. So ist es nicht zufällig, sondern konsequent, wenn Protagonisten der ideologischen Koexistenz gleichzeitig auch den Klassencharakter bestimmter Wahrheiten negieren.

Konterindikation: 1. Der Begriff „Klassenwahrheit“ ist durch eine mißbräuchliche Praxis in vergangenen Jahrzehnten diskreditiert worden. Politische Entartungen dieser Zeit wurden durch sogenannte Klassenwahrheiten gedeckt und gerechtfertigt. 2. Die Berufung auf Klassenwahrheiten könnte auch dazu verleiten, die großen Möglichkeiten

<sup>15)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 4, Berlin 1955, S. 205–206

gemeinsamer Kämpfe mit gesellschaftlichen Kräften, die ihrer sozialen Lage nach von der Arbeiterklasse sehr weit entfernt sind, zu übersehen und die Tatsache, daß wir Kommunisten in vielen entscheidenden Kernfragen des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus mit diesen Kräften gemeinsame oder doch sehr nahe gerückte Auffassungen vertreten. Aber die Berufung auf solche Erscheinungen ist kein Freibrief dafür, Grundfragen der marxistischen Erkenntniskritik den Bedürfnissen der Tagespolitik zu opfern: Die Wahrheit existiert nicht unabhängig von dem, der sie erkennt. Unabhängig ist nur die objektive Wirklichkeit. Um eine richtige, wahre Aussage über diese Wirklichkeit zu machen, sind das Bedürfnis und die Fähigkeit dazu notwendig.

Die Eignung und das Bedürfnis nach wahrer Erkenntnis sind nicht immer gleichzeitig vorhanden. Ja noch mehr: Auch der Wissenschaftler betrachtet die Welt, von einem bestimmten praktischen oder theoretischen Bedürfnis geleitet. Durch diese konkreten Bedürfnisse erhält die wissenschaftliche, die Forschertätigkeit ihre Richtung. Die Erkenntnisse, die gewonnen werden, sind nicht umfassende, absolute Wahrheiten, sondern Teilwahrheiten, die den jeweiligen Bedürfnissen gerecht werden sollen. Handelt es sich um naturwissenschaftliche Erkenntnisse, so ist das Interesse an ihnen mehr oder weniger unabhängig von der Zugehörigkeit des Forschers zu der einen oder anderen gesellschaftlichen Gruppierung. Handelt es sich jedoch um die Erforschung der gesellschaftlichen Welt, des gesellschaftlichen Lebens, so wird der Gesichtswinkel des Wissenschaftlers verschieden sein, je nachdem mit welchen Klasseninteressen er sich „bewußt oder unbewußt“ verbunden fühlt.

In seiner Polemik mit Struwe schreibt Lenin: „**Keinem einzigen** dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik wertvollste Arbeit liefern können, **darf man auch nur ein einziges Wort glauben**, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt. Warum? Aus dem nämlichen Grunde, aus welchem man **keinem einzigen** Professor der politischen Ökonomie, der imstande ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, **auch nur ein einziges Wort** glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine ebenso **parteiliche** Wissenschaft in der modernen Gesellschaft wie die **Erkenntnistheorie**. Im großen und ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie nichts anderes als die gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommis

der Theologen.<sup>16)</sup> (Der Ausdruck „Kommiss“ ist natürlich nicht nur wörtlich gemeint. Auch der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein spielt hier seine Rolle.)

Das Zentralkomitee unserer Partei hatte sich im Herbst 1966 mit ideologischen Problemen befaßt. Im Bericht des Politbüros ist in diesem Zusammenhang die Klassenbedingtheit bestimmter Wahrheiten dargestellt worden: Da die Stellung, die die Menschen in der Produktion und damit in der Gesellschaft einnehmen, ihr Bewußtsein bestimmt, wird damit auch ihr Interesse an bestimmten Wahrheiten bedingt. Umgekehrt zeigen sich in der Klassengesellschaft die herrschenden Klassen an der Aufdeckung der Wahrheit bei gesellschaftlichen Problemen letzten Endes nicht interessiert, ja sie unternehmen sogar Anstrengungen, um die Erkenntnis von Wahrheiten zu verhindern oder zu verfälschen. Sie haben Angst vor Wahrheiten, deren Erkenntnis ihren Bestand als herrschende Klasse in Frage stellt. Im Gegensatz dazu haben die unterdrückten Klassen, zum Beispiel die Arbeiterklasse, alles Interesse, möglichst schnell die Wahrheit aufzudecken und bewußt zu machen. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterklasse nicht nur interessierter, sondern auch **objektiv befähigter** ist, die Wahrheit zu erkennen, daß der Standpunkt und die politische Zielsetzung der Arbeiterklasse im Gegensatz zur herrschenden Klasse konsequent auf die Wahrheit ausgerichtet sind. Oder anders ausgedrückt: Die Ziele der Arbeiterklasse befinden sich in Übereinstimmung mit dem objektiven Entwicklungsgang der Geschichte. Daher steht hier die bewußte Parteilichkeit als Ausdruck der Klassengebundenheit nicht im Widerspruch zur Wissenschaftlichkeit.

Berechtigt nun dieser Klassencharakter bestimmter Wahrheiten, von „Klassenwahrheiten“ zu sprechen? Ohne eine festgelegte Antwort darauf zu geben, möchte ich zumindest die Problematik dieser Frage aufrollen. Unsere Begriffe sollen helfen, das Erkennen und die Klarheit zu fördern. Wenn der Begriff „Klassenwahrheit“ zu einer falschen Auslegung verführt und Verwirrung stiftet, ist er abzulehnen. Wenn der Begriff hilft, zwischen verschiedenen Kategorien der Wahrheit zu unterscheiden, das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft und das Bewußtsein von der historischen Mission der Arbeiterklasse zu stärken, verdient er Beachtung. (Den Hinweis darauf, daß die Klassiker des Marxismus den Begriff Klassenwahrheit nicht kannten, halte ich für kein Argument.

<sup>16)</sup> W. I. Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, In: Werke, Bd. 14, Berlin 1962, S. 347

Viel wichtiger ist doch, daß diese Theoretiker mit ihren erkenntnis-kritischen Schriften zu einem solchen Begriff hinführen, ihn sozusagen vorbereitet haben.)

Wohlgemerkt: Das Wort „Klassenwahrheit“ steht bei mir unter Anführungszeichen. Ich stelle die Zweckmäßigkeit dieser Bezeichnung zur Diskussion. Worum es mir in erster Linie geht, ist, daß man bei der Argumentation die Charakteristiken nicht übersieht, von denen hier die Rede ist.

Selbst wenn sich die Klassenbedingtheit bestimmter Wahrheiten nur auf deren Erforschung, also nur auf die „Wahrheitsfindung“ beziehen würde, wäre es durchaus zulässig, die Art ihrer „Findung“ als Charakteristikum im Begriff bestimmter Wahrheiten zu berücksichtigen. Darüber hinaus handelt es sich bei solchen Wahrheiten auch um Stellungnahmen im Klassenkampf, um Stellungnahmen gegen den Kapitalismus (z. B. Ausbeutungscharakter der kapitalistischen Produktion). Die Wahrheiten des Marxismus-Leninismus sind Waffen der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die von der Bourgeoisie daher auch als **feindliche** „Phraseologie“ bekämpft werden.

Es handelt sich hier um Wahrheiten, mit denen die Arbeiterklasse auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Die enge Verflochtenheit bestimmter Wahrheiten mit dem Kampf und den Interessen der Arbeiterklasse unterscheidet diese Wahrheiten sehr wesentlich von anderen, von klassenneutralen Wahrheiten.

Der Marxismus-Leninismus ist eine wissenschaftliche Ideologie und gleichzeitig die Ideologie der Arbeiterklasse. Die Wahrheiten dieser Ideologie sind also Wahrheiten der Arbeiterklasse. Diese Feststellung bedeutet weder Relativierung noch Abwertung solcher Wahrheiten. Unsere „Klassenwahrheiten“ sind ebenso allgemeine Wahrheiten wie der Klassenkampf in der Klassengesellschaft eine objektive Tatsache und damit eine allgemeingültige Wahrheit ist, auch wenn das von Ideologen der Bourgeoisie bestritten wird.

Auch das Bürgertum hatte in seiner progressiv revolutionären Epoche „Klassenwahrheiten“ vertreten, die allgemeingültig waren, insofern diese Wahrheiten die in jener Epoche erreichbare maximale Übereinstimmung von Erkenntnis und objektiver Wirklichkeit repräsentierten. Auch die Fähigkeit der bürgerlichen Klassen zur Wahrheitsfindung beruhte auf dem Einklang ihrer Interessen mit den gesellschaftlichen Ent-

wicklungstendenzen, auf dem Interesse also, diese Entwicklungstendenzen zum Durchbruch zu bringen.

Das Bürgertum ist inzwischen zur Bourgeoisie geworden, eine reaktionäre Klasse, die sich gegen die Einsicht in die geschichtlichen Notwendigkeiten unserer Epoche sträubt. Ihren reaktionären Interessen widerspricht die Erkenntnis vom notwendigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Abschaffung der Klassengesellschaft schlechthin ist die historische Mission der Arbeiterklasse geworden. „Demzufolge ist die Ideologie der Arbeiterklasse, die zunächst ebenfalls Klassenideologie ist, ihrem Charakter nach berufen, im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus **Ideologie der ganzen Gesellschaft** zu werden und damit allmählich ihren spezifisch ideologischen Charakter zu verlieren.“<sup>17)</sup>

Übrigens hat auch Antonio Gramsci in diesem Sinne einerseits den ideologischen, d. h. klassenbedingten Charakter der Wissenschaft festgestellt, – und andererseits die Möglichkeit objektiver, d. h. von den gesellschaftlichen Klassen unabhängiger Erkenntnisse von der Überwindung der Klassegegensätze abhängig gemacht.<sup>18)</sup>

Wahrheiten des Bürgertums? Wahrheiten der Arbeiterklasse? – Erweist sich damit also doch die Relativität der „Klassenwahrheiten“? Zweifellos in demselben Maße und in demselben Sinne, wie auch alle anderen Wahrheiten – mit ganz wenigen Ausnahmen – nicht letzte Erkenntnisse, sondern Annäherungen an die absolute Wahrheit sind, die einer ständigen Vervollständigung bedürfen.

Die Wahrheiten der bürgerlichen Klassen waren weder allseitig noch endgültig. Sie spiegelten nur bestimmte Teile der objektiven Wirklichkeit wider, bestimmte Seiten einer in Entwicklung begriffenen Klassengesellschaft. Der höhere Stand der Wissenschaft und die neuen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse ihren Emanzipationskampf führt, der gleichzeitig ein Kampf gegen jede Klassenunterdrückung ist, waren die Voraussetzungen für neue, tiefere Erkennt-

<sup>17)</sup> Marxistische Philosophie, Lehrbuch, Berlin 1967, S. 679

<sup>18)</sup> In seiner durch die Kerker-Zensur bedingten verschlüsselten Sprache schreibt Gramsci: „Die gesamte Wissenschaft hängt von den Bedürfnissen, dem Leben, der Tätigkeit der Menschen ab . . . Trotz aller Bemühungen der Wissenschaftler tritt die Wissenschaft nie als nacktes objektives Wesen auf; sie erscheint immer von einer Ideologie verhüllt . . . Man kann nicht von Geist sprechen, wenn die Gesellschaft aus Gruppen besteht, ohne zu schließen, es handle sich um . . . Korpsgeist . . . aber man wird davon nach der Vereinigung sprechen können. Der Mensch erkennt objektiv, wenn diese Erkenntnis für das ganze, in einem einheitlichen Kultursystem geschichtlich vereinigte Menschengeschlecht wirklich ist. Aber dieser geschichtliche Vereinigungsprozeß wird erfolgen, wenn die inneren Widersprüche verschwinden, die die menschliche Gesellschaft zerfleischen . . .“ (Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis, Frankfurt/Main 1967, S. 176, 177, 199, 228)

nisse, wie sie uns durch den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse, vermittelt werden.

Zur Überwindung dogmatischer Erstarrungen und mißbräuchlicher Auslegung des Marxismus-Leninismus, die es gibt und gegeben hat, trägt man also nicht bei, indem man den Klassencharakter bestimmter Wahrheiten bestreitet, sondern nur durch die Einsicht in die Relativität unseres Wissens, das der ständigen Weiterentwicklung und Vervollkommnung bedarf. In diesem Sinne hat Friedrich Engels als Leistung der Hegelschen Philosophie hervorgehoben: „Die Wahrheit lag nun in dem Prozeß des Erkennens selbst, in der langen geschichtlichen Entwicklung der Wissenschaft, die von niederen zu immer höheren Stufen der Erkenntnis aufsteigt, ohne aber jemals durch Ausfindung einer sogenannten absoluten Wahrheit zu dem Punkt zu gelangen, wo sie nicht mehr weiterkann, wo ihr nichts mehr übrig bleibt, als die Hände in den Schoß zu legen und die gewonnene absolute Wahrheit anzustaunen.“<sup>19)</sup>

Die Klarheit über diesen Prozeß und das Bewußtsein von der Relativität und historischen Begrenztheit unserer Erkenntnisse sind eine ständige Aufforderung zu weiterem Forschen und zu Unduldsamkeit gegenüber einer dogmatischen Auslegung des Marxismus-Leninismus, der kein Katechismus versteinertes Glaubenssätze, sondern lebendige Wissenschaft ist. Roger Garaudy formulierte das so: „Der marxistische Materialismus mahnt zur Bescheidenheit: Indem er bestätigt, daß die Welt außerhalb des Ichs und ohne mich existiert, und daß sie meiner nicht nötig hat um zu existieren, gleichzeitig aber diese Welt niemals mit dem mehr oder weniger komplexen Bild verwechselt, das die Wissenschaft davon zu jeder historischen Epoche konstruiert, weiß der dialektische Materialismus, daß das Wirkliche unerschöpflich ist, nicht rückführbar auf das Wissen, das wir von ihm haben und daß jede wissenschaftliche Konzeption stets eine provisorische Konstruktion ist, mit dem Ausblick auf noch reichhaltigere, noch wirksamere und noch richtigere Konstruktionen.“<sup>20)</sup>

Aber die Marxisten-Leninisten selbst haben diese Erkenntnisse Jahrzehnte mißachtet und die Lehren von Marx, Engels und Lenin zu Dogmen erstarren lassen, deren Interpretation durch Stalin lange Zeit von den kommunistischen Parteien als bindend betrachtet wurde. Den Bann hat der XX. Parteitag der KPdSU gebrochen. Seitdem bemühen sich die

<sup>19)</sup> Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 267

<sup>20)</sup> Roger Garaudy, Marxisme du 20e siècle, Paris, S. 45f

kommunistischen Parteien, bewußt zu machen. daß wir unter den Bedingungen einer neuen Etappe leben und daß dieser neuen Etappe eine Neuorientierung und Modernisierung der kommunistischen Politik entsprechen muß.

Die KPdSU hat inzwischen bei der Analyse der neuen weltpolitischen Erscheinungen und der Entwicklung einer ihr gemäßen Politik große Leistungen vollbracht. Aber unter den Bedingungen der Gegenwart kann die auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus basierende Politik der kommunistischen Parteien nur dann fruchtbar sein, wenn sie von den nationalen Erfahrungen und den Eigenarten der einzelnen Länder ausgeht. Die kommunistische Politik unserer Zeit wird für jede kommunistische Partei, den Bedingungen ihres Landes entsprechend, besondere Züge aufweisen.

„Alle marxistisch-leninistischen Parteien sind unabhängig und gleichberechtigt; sie arbeiten ihre Politik aus, indem sie von den konkreten Bedingungen ihrer Länder ausgehen und sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen, und erweisen einander Unterstützung.“<sup>21)</sup> So steht es in der gemeinsamen Erklärung der Moskauer Konferenz der kommunistischen Weltbewegung von 1960. Auf der Konferenz von Karlovy Vary, die europäische kommunistische Parteien aus kapitalistischen und sozialistischen Ländern vereinigte, hat sich seitdem auch die gemeinsame gleichberechtigte Erarbeitung politischer Konzepte bewährt.

Aber die neuen Ideen und Konzepte sind noch wenig bekannt, sie stoßen oft auf Unverständnis und Widerstand, sie müssen unermüdlich von neuem begründet, verbreitet und durchgesetzt werden. Deshalb werben wir für unsere neuen Erkenntnisse, – nicht indem wir eine alte Wahrheit einfach als Nicht-Wahrheit klassifizieren, sondern durch den Nachweis, daß sich die neue auch als eine höhere Wahrheit bewährt. Die Widerlegung des Alten und Unzulänglichen muß die positiven Seiten dessen, über das die neue Erkenntnis hinausschreitet, einschließen. Nur auf diese Weise sichern wir das Mitgehen, nur so können wir Mißtrauen überwinden und zu begeistertem Mitsuchen anregen; nur so können wir Verständnis und Bereitschaft für den wissenschaftlichen Fortschritt wecken, für neue Wahrheiten, die den günstigeren Bedingungen unseres Zeitabschnittes entsprechen. In diesem Sinne ist Überwindung dogmatischer Erstarrungen eine ständige Aufgabe der Kommunisten.

<sup>21)</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Novemb. 1960, a. a. O., S. 63

### 3.

#### Demokratie: Ein Wort – zwei Welten

„Verwenden wir nicht beide das Wort Demokratie in einem anderen Sinn?“ fragte der SPO-Abgeordnete Czernetz den Vorsitzenden des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, Goldstücker, im Prager Stadtgespräch, das am 10. April 1968 durch das österreichische Fernsehen übertragen wurde.

„Schon in der Formulierung ‚Demokratie‘ haben die alten Griechen zwei Elemente vereinigt: jenes der Macht (krateo) und das des Trägers dieser Macht, des ‚Demos‘, das Volk sein sollte. Das Element der Macht ist durch ihren Träger bedingt, der bestimmt, wie die Staatsgewalt ausgeübt wird – um die Sklaven als Dinge zu betrachten, um den Genozid in Mytilene – oder anderswo zu beschließen, um dem Monarchen seine Untertanen wie unmündige Kinder zu überantworten, um Angriffskriege im Namen der Demokratie zu führen usw. Die alten Griechen haben mit dieser Formel den Anstoß zum späteren Mißbrauch des Demokratiebegriffes gegeben, weil sie in ihrem ersten Element – Demos – eine leere Form schufen, die jeder mit seinem eigenen Inhalt ausfüllen konnte.“<sup>22)</sup>

Die Bourgeoisie spricht von den Interessen der Nation, von den Interessen des Volkes und meint damit ihre Interessen, die Interessen der herrschenden Klasse. Die Marxisten mußten sich seit je mit diesen verlogenen Begriffen auseinandersetzen, mußten den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft nachweisen, mußten sich gegen die

<sup>22)</sup> Oleg Mandić (Universität Zagreb), in: „Tagebuch“, Wien, Jänner/Februar 1968.

Identifizierung der Volksinteressen mit den Interessen der Ausbeuterklasse wehren.

Aber in demselben Maße, in dem sich die Arbeiterklasse ihrer eigenen Interessen bewußt wurde, erhielt auch der Begriff „Volksinteresse“ einen neuen, dem Ausdruck entsprechenden Inhalt, festigte sich das Wissen von dem Gegensatz zwischen den Interessen des Volkes, des Vaterlandes und den Interessen der Kapitalistenklasse.

Aber noch immer und trotz einer Jahrzehnte währenden Aufklärungsarbeit werden die Begriffe „Volk“, „Nation“, „Vaterland“ vorherrschend in einer der herrschenden Klasse dienlichen Weise gebraucht. Um wieviel mehr gilt das für den Begriff „Demokratie“: Noch nie ist eine derart massive ideologische Kampagne gegen den Sozialismus geführt worden, noch nie spielte dabei der Begriff „Demokratie“ eine so desorientierende Rolle wie gegenwärtig. Noch nie war es daher so notwendig, diesem ideologischen Verwirrungsfeldzug entgegenzutreten und die demokratische Überlegenheit des Sozialismus bewußt zu machen, als einer Gesellschaftsordnung, in der die werktätige Bevölkerung nicht nur formelle, sondern auch materielle demokratische Entscheidungsrechte erhält.

Das Wort „Demokratie“ gilt in der kapitalistischen Welt als die wirkungsvollste Agitationslosung. Die Öffentlichkeit ist sich dabei kaum bewußt, wie sehr dieses Wort die wirklichen Zustände verhüllt und verklärt, daß in dieser bürgerlichen Demokratie, im zivilen und politischen Leben die Ungleichheit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten regiert, vielfach auch vor dem Richterstuhl. Es fehlt das Bewußtsein, daß die Ausbeutung des Menschen menschenunwürdig ist und daher auch nicht demokratisch sein kann. Es fehlt das Bewußtsein von den Beschränkungen, die der Arbeiterbewegung und den Massenorganisationen auferlegt werden, von der Rolle der Exekutive bei Arbeitskonflikten als Hilfsorgane der kapitalistischen Ausbeuter. Es fehlt auch das Bewußtsein von all dem Unrecht, das die kapitalistische Demokratie durch die Macht des Geldes über den Menschen, auf Bildung und Gesundheit, auf die gesellschaftliche Geltung, auf den Gebrauch der Massenmedien erzeugt.

Die USA gelten noch immer als die Führungsmacht der freien, d. h. der demokratischen Welt, trotz der politischen Attentate auf die beiden Kennedys und auf Martin Luther King, trotz der Negerverfolgungen und Rassenmorde, trotz der Alleinherrschaft der Millionäre, die sich

in der Demokratischen und Republikanischen Partei zwei sich konkurrierende Machtinstrumente geschaffen haben.

Schon Genosse Togliatti beklagte, daß ein Teil der öffentlichen Meinung und der Arbeiterklasse in beträchtlichem Ausmaß „die irrtümliche Überzeugung hegt, nach welcher die demokratische Ordnung für die sogenannte westliche Welt eigentümlich und charakteristisch sei, d. h. in den Ländern, wo bis heute in verschiedenen Entwicklungsstufen ein kapitalistisches Regime existiert.“<sup>23)</sup>

Tatsächlich ist die Sprache bereits ideologisch gefärbt. Die Bourgeoisie kann sich auf einen Jahrtausende zurückreichenden Sprachgebrauch stützen. Aus dem Griechischen übernommen, heißt Demokratie Volksherrschaft. Aber auch im antiken Griechenland gab es keine Demokratie im Sinne des Wortes, sondern die griechische Sklavenhaltergesellschaft.

„In der athenischen Demokratie gab es nach der Erzählung des Demitrios von Phalerion im Jahre 309 v. u. Z. 21 000 ‚freie Bürger‘, die allein politische Rechte besaßen und 400 000 rechtlose Sklaven. In der römischen Republik zählte man im Jahre 204 v. u. Z. 214 000 ‚freie Bürger‘ unter den 20 Millionen Einwohnern. Wir bezeichnen also Sklavenhalteroligarchien, die im Verlaufe dieser Geschichtsepochen von Grundbesitzern, Kaufleuten, Schiffseigentümern oder Bankiers geleitet wurden, in dem wir die Sprache der Sklavenhalter übernehmen, als ‚Demokratien‘ und ‚Republiken‘.“<sup>24)</sup>

Adam Schaff hat in seinem Buch „Sprache und Erkenntnis“ dargestellt, wie sehr die Interpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch Sprachgewohnheiten präjudiziert wird, „daß das Milieu (also auch das gesellschaftliche Milieu mit seinem komplizierten Spiel der Klassenkräfte) auch durch die Sprache die menschliche Erkenntnis beeinflusst...“<sup>25)</sup>

Mit dem Sprechen lernt der Mensch auch zu denken. Die Sprache übermittelt ihm das gesellschaftliche geistige Erbe. Der einzelne muß nicht neu entdecken, was frühere Generationen schon vor ihm getan haben. Er kann fortsetzen und damit zum intellektuellen und kulturellen Fortschritt beitragen. Aber mit der Sprache früherer Generationen werden

<sup>23)</sup> Palmiro Togliatti, in: „Rinascita“, April 1961

<sup>24)</sup> Roger Garaudy, Die Freiheit als philosophische und historische Kategorie, Berlin 1959, S. 39f

<sup>25)</sup> Adam Schaff, Sprache und Erkenntnis, Wien 1968, S. 74

uns auch deren Denkgewohnheiten und Urteile über das gesellschaftliche Leben anezogen. Mit anderen Worten, unsere Vorstellungen über die Welt und das Leben werden, ohne daß wir es wissen, bereits mit der Sprache, die wir lernen, bis zu einem gewissen Grad vorbestimmt. Der einzelne betrachtet die Welt durch eine „gesellschaftliche Brille“, sowohl im Sinne der aktuellen Einflüsse als auch im Sinne des Einflusses der „durch die früheren Generationen aufgestapelten Erfahrungen“.

Adam Schaff schreibt: „Nehmen wir etwa eine Gesellschaft, in der aus diesen oder anderen Gründen religiöse Klassen-, Rassen- und nationale Vorurteile und Abneigungen massenweise herrschen. Das Kind, das in diesem Geiste erzogen wird, übernimmt gewisse Haltungen und stereotype Reaktionen als eigene und natürliche. Meistens verbinden diese sich mit der Sprache, mit einem bestimmten Namen, der den ganzen ‚Reichtum‘ der Vorurteile, Abneigungen, Haßgefühle oder aber – im Gegenteil – der positiven Bewertungen beinhaltet.“<sup>26)</sup>

Wie sehr die Gewalt über die Sprache zu einer Gewalt über das Denken der Menschen werden kann, wird uns gerade in der „modernen Industriegesellschaft“, wie man heute die kapitalistische Ausbeutergesellschaft beschönigend zu nennen pflegt, vorexerziert. Eine kaum spürbare Tyrannei wird von den Massenmedien, von Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film und was sonst noch dazu gehört, über die Bevölkerung ausgeübt. Durch die Massenkommunikationsmittel wird die Sprache gleichsam „verordnet“. „Der Sinn der Wörter wird streng stabilisiert. Rationale Diskussion, eine Überzeugung vom Gegenteil ist nahezu ausgeschlossen. Der Zugang zur Sprache wird denjenigen Wörtern und Ideen versperrt, die anderen Sinnes sind als der etablierte – etabliert durch die Reklame der bestehenden Mächte und verifixiert in deren Praktiken. Andere Wörter können zwar ausgesprochen und gehört, andere Gedanken zwar ausgedrückt werden, aber sie werden nach dem massiven Maßstab der konservativen Mehrheit... sofort ‚bewertet‘ (d. h. automatisch verstanden im Sinne der öffentlichen Sprache – einer Sprache die ‚a priori‘ die Richtung festlegt, in welcher sich der Denkprozeß bewegt.“<sup>27)</sup>

Welche Chance haben wir, mit unserer Aufklärungsarbeit gegenüber dieser Macht der etablierten und verordneten Sprachgewohnheiten

<sup>26)</sup> Ebenda, S. 163 und 181

<sup>27)</sup> Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/Main, 1966, S. 107

durchzukommen? Unsere Verbündeten sind die Wirklichkeit, die Praxis, der Widerspruch zwischen dieser Praxis und den offiziellen Deklarationen, sind die bösen Erfahrungen, die die Massen der Werktätigen mit der sogenannten etablierten Demokratie machen müssen. Aber das Bewußtsein von der Feindlichkeit der kapitalistischen Welt und ihren Verführungskünsten, von der Zweischneidigkeit ihrer Demokratie entsteht nicht automatisch. Dazu bedarf es einer zähen und beharrlichen ideologischen Arbeit und größerer Ordnung in unserem Sprachgebrauch.

Schon in der Prinzipienklärung des Hainfelder Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie wird als Hauptaufgabe postuliert: „Das Proletariat... mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen...“<sup>28)</sup>

Die Bedeutung dieser Aufgabe ist seitdem nicht kleiner, sondern größer geworden. Wir müssen das mit allem Nachdruck sagen, weil gegenwärtig auch in der Arbeiterbewegung gelegentlich mit herabsetzenden Worten zur ideologischen Arbeit Stellung genommen wird. So etwa Genosse Ernst Fischer, der unter dem Titel „Geistige Partisanen“ in einem von der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichten Aufsatz schreibt: „Die Organisation bedarf der deformierenden Vereinfachung von Erkenntnissen und Ideen zur Ideologie; doch der Marxist innerhalb der Organisation kann nie darauf verzichten, die kritische Methode des Marxismus allseits anzuwenden, Bedenken auszusprechen, neue Gedanken wahrzunehmen... Die Praktiker werden stets die große Mehrheit bilden und die kritische Haltung einer intellektuellen Avantgarde als Störungsfaktor empfinden.“<sup>29)</sup>

Aber das alles ist nur Zeugnis eines großen Mißverständnisses. Zunächst, weil Fischer nicht zwischen der deformierenden Ideologie des Kapitalismus, wie sie uns beispielhaft im Demokratiebegriff begegnet, und der Ideologie des Marxismus-Leninismus unterscheidet, die ihrem Wesen nach wissenschaftliches Bewußtsein ist. Zweitens aber, weil Ernst Fischer übersieht, daß er den marxistischen Intellektuellen einen sehr zweifelhaften Dienst erweist, wenn er sie den Praktikern gegenüberstellt. Losgelöst von der Praxis kann man nämlich nicht Marxist sein. Gerade das war die große Leistung der Begründer des wissenschaftlichen Sozialis-

<sup>28)</sup> Österreichische Parteiprogramme 1866–1966, Klaus Berchtold, München 1967, S. 138

<sup>29)</sup> „Die Zeit“, Hamburg, 15. März 1968



mus, die Theorie mit der Arbeiterbewegung zu verbinden und damit an der Formierung jener Kraft mitzuwirken, deren historische Funktion es ist, „Totengräber“ des Kapitalismus zu sein.

Die Funktion des Marxismus-Leninismus ist es gerade, gegenüber den vereinfachenden die Wirklichkeit verfälschenden Schlagworten der bürgerlichen Ideologie, die wahren komplexen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Lebens aufzuzeigen und bewußt zu machen. Auch unter den Bedingungen der sogenannten Überfluß-Gesellschaft, der sogenannten modernen Industriegesellschaft ist es eine zeitgemäße Aufgabe für zeitgemäße Marxisten: die aktuellen Erscheinungen der kapitalistischen Herrschaftsmethoden zu erforschen, zu analysieren, darzustellen und den aktiven Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu führen.

Der Charakter des Staates als Machtinstrument der herrschenden Klasse ist unter den Bedingungen der „modernen Industriegesellschaft“ weniger leicht zu durchschauen. Die Rolle des stehenden Heeres, der Außenpolitik, der Justiz, des staatlichen Verwaltungsapparates wird heute viel stärker überdeckt durch die ständig zunehmende Bedeutung anderer Bereiche des staatlichen Lebens: Der Staat ist für den ausgedehnten Sektor der Sozialpolitik verantwortlich, er baut Wohnungen, Straßen und Brücken; er ist für das Funktionieren der Eisenbahnen und des gesamten Verkehrswesens zuständig. Der Staat greift in die wirtschaftliche Entwicklung ein, trifft – wenn auch nicht immer wirksame – Maßnahmen zur Belebung bzw. zur Dämpfung der Konjunktur; er leitet den bedeutungsvollen Sektor der verstaatlichten Betriebe. Der Staat sorgt für Bildung und Information, er regelt den Betrieb der Massenkommunikationsmittel, Radio und Fernsehen. Eine ganze Reihe von Maßnahmen des Staates werden einvernehmlich oder gemeinsam mit Vertreterkörperschaften der werktätigen Volksschichten, mit den Kammern und Gewerkschaften durchgeführt.

„Diese Staaten müssen aus Angst vor dem Anschauungsunterricht des Sozialismus Konjunktur- und Wachstumspolitik treiben, um einen möglichst hohen Stand der Beschäftigung zu sichern... Das ist das widerspruchsvolle und verwirrende Bild des ‚Wohlfahrtsstaates‘: Vollbeschäftigung – aber Angst um den Arbeitsplatz; allgemeine Konjunktur – aber Krisenerscheinungen in einzelnen Wirtschaftszweigen oder -regio-

nen; Steigerung der Lebenshaltung der Arbeitenden – aber viel rascheres Steigen der Profite der Unternehmer...“<sup>30)</sup>

All das ergibt ein Bild von der zeitweisen Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus von heute und seinem komplexen Charakter, der der beschönigenden Agitation jede Möglichkeit bietet. Modernen Marxisten öffnet sich hier ein weites Feld für die Forschungstätigkeit, für die Bereicherung des Marxismus, der seinem Wesen nach tatsächlich kritisch ist, dessen kritischer Hauptakzent jedoch gegen die Existenz der kapitalistischen Klassengesellschaft zielt. Eine Erweiterung und Aktualisierung des Marxismus müßte daher vor allem auf der Linie der Verdeutlichung des Klassencharakters und der menscheitsfeindlichen Grundorientierung der kapitalistischen Staatspolitik liegen. Wie sehr diese Aufgabe bisher noch vernachlässigt wird, zeigt der Vorsprung, den auf diesem Gebiet die sogenannte „Neue Linke“ in einigen westeuropäischen Ländern erreichen konnte. Millionen Menschen in Westdeutschland und darüber hinaus wurde durch die Aktionen der „außerparlamentarischen Opposition“ (April 1968) die Macht des Springer-Konzerns bewußt gemacht. Die Fragwürdigkeit der kapitalistischen Pressefreiheit wurde entlarvt, die es zuläßt, daß „das Denken von 17 Millionen Deutschen zum Eigentum Springers wird“.

„Er (Springer) erzeugt 40% aller Tageszeitungen, 90% aller Sonntagszeitungen und 81,5% der überregionalen Blätter“, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“.<sup>31)</sup> „Der Konzern ist faktisch eine politische Macht, weil die Politiker eine Maschine, die 30% der gesamten gedruckten Öffentlichkeit herstellt, in Berlin und Hamburg waren es annähernd 70%, nicht umgehen können“, erfährt man aus der „Zeit“.<sup>32)</sup> Diese Meinungsbildungsmaschine, über die Axel Springer verfügt, läßt in Wahrheit keine demokratische Auseinandersetzung mehr zu. Das demokratische Argument verlangt, so heißt es bei Herbert Marcuse (auf dessen abstrakten Radikalismus wir noch zurückkommen), „daß das Volk fähig sein muß, auf der Basis von Erkenntnis etwas zu erwägen und auszuwählen, daß ihm wahrhafte Information zugänglich sein und deren Bewertung autonomem Denken entspringen muß“<sup>33)</sup>. Wie wenig diese Bedingungen im Rahmen der Springerschen Pressefreiheit gegeben

<sup>30)</sup> Thesen über Perspektiven, in: Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, hrsgg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien, 1965, S. 342–343

<sup>31)</sup> „Arbeiter-Zeitung“, Wien, 18. April 1968

<sup>32)</sup> „Die Zeit“, Hamburg, 19. April 1968

<sup>33)</sup> Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, a. a. O., S. 106

sind, haben die Aktionen des SDS und der außerparlamentarischen Opposition in Westdeutschland vor Augen geführt.

Im Zeitalter des technischen Fortschritts haben sich die Methoden zur Manipulierung des einzelnen und der Massen verfeinert. Die Freiheit wird verwaltet, die Angst und die Unsicherheit werden doziert, Zweifel an der Gediegenheit dieser Demokratie werden aus dem Bewußtsein verdrängt. Was als freie Entscheidung erscheint, ist in Wahrheit durch die vom Kapitalismus gesetzten Bedingungen und seine wirtschaftlichen Verlockungen, manipuliert. Marcuse schreibt: „Aber mit der Konzentration ökonomischer und politischer Macht und der Integration gegensätzlicher Standpunkte einer Gesellschaft, welche die Technik als Herrschaftsinstrumente nutzt, wird effektive Abweichung dort gehemmt, wo sie unbehindert aufkommen konnte: In der Meinungsbildung, im Bereich von Informationen und Kommunikation, in der Rede und in der Versammlung. Unter der Herrschaft der monopolistischen Medien – selber bloße Instrumente ökonomischer und politischer Macht – wird eine Mentalität erzeugt, für die Recht und Unrecht, wahr und falsch vorher bestimmt sind, wo immer sie die Lebensinteressen berühren.“<sup>34)</sup>

Das alles aber sind Fragen, die uns Marxisten-Leninisten angehen, die unser Interesse beanspruchen, die einer noch tieferen Durchforschung und Konkretisierung ebenso bedürfen, wie einer verständlichen und überzeugenden Popularisierung. Hier bedarf unsere Ideologie einer Bereicherung, einer wissenschaftlichen Weiterentwicklung, durch die sie zu einer noch wirksameren Mobilisierung der Massen im antikapitalistischen Kampf befähigt wird.

Mit Scharfblick hat Marcuse die Herrschaftsmethoden der monopolkapitalistischen Demokratie, der „modernen Industriegesellschaft“, durchleuchtet, Deformationen und Verbürgerlichungen in der Arbeiterbewegung enthüllt. Indem er aber nicht zwischen diesen Deformationen und der historischen Rolle der Arbeiterklasse unterschied, indem er auch die sozialistischen Industriestaaten als „etabliert“ abtat und deren dynamisch revolutionären Charakter verkannte, haben seine Theorien eine abstrakt-ultralinke und defätistische Schlagseite bekommen. Denn die Theorie wird erst zur umwälzenden Kraft, wenn sie die Massen ergreift, – jene Massen, die auf Grund ihrer besonderen letztangigen Stellung in der kapitalistischen Klassengesellschaft einer revolutionären

<sup>34)</sup> Ebenda

Zielsetzung fähig sind. Dem abstrakten Revolutionismus eines Marcuse festen Boden unter die Füße zu geben, wäre eine wichtige Aufgabe für Marxisten-Leninisten.

Nicht selten finden wir jedoch auch bei marxistischen Theoretikern die Tendenz, den Hauptakzent bei den Diskussionen über Demokratie auf die Darstellung und Verurteilung von Entartungen zu legen, die sich unter dem Einfluß des Stalinkults herausgebildet hatten. Die notwendige Kritik an solchen Erscheinungen wird jedoch zum Anschwärzen des Sozialismus und zur direkten Hilfe für die feindliche Agitation, wenn sie nicht zwischen den Deformationen und dem Wesen des Sozialismus unterscheidet, wenn sie nicht mit der Darstellung der Werte der sozialistischen Demokratie und der Bedeutung der sozialistischen Errungenschaften verbunden wird.

Unsere tschechoslowakischen Freunde, die mitten in einem widerspruchsvollen Demokratisierungsprozeß stehen, haben das sehr wohl verstanden. In einem grundsätzlichen Artikel warnt Genosse Smrkovsky: „Wir sind nicht so naiv, um uns nicht ausrechnen zu können, wohin die ununterbrochene Betonung früherer Deformationen, Grausamkeiten und Irrtümer, führt, die begleitet werden mit einer einseitigen Verherrlichung der bürgerlichen Demokratie.“<sup>35)</sup> Genosse Černik seinerseits unterstrich in einem Interview für die „Volksstimme“, daß „der Erneuerungs- und Demokratisierungsprozeß in unserem Land an alles Positive anknüpft, das bei uns durch die sozialistische Gesellschaftsordnung erreicht wurde. Gerade die Korrektur der Fehler und Deformationen der vergangenen Jahre läßt die Vorzüge des Sozialismus als der fortschrittlicheren, reiferen und demokratischeren Gesellschaftsordnung noch viel plastischer hervortreten... Ohne Wirtschaftsdemokratie, ohne direkte und volle Mitbestimmung des Volkes an der Leitung der Wirtschaft, kann es keine wirkliche Demokratie geben.“<sup>36)</sup>

„Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was keinem anderen schadet.“ Diese Definition gibt die Verfassung der französischen Republik von 1791. Aber die kapitalistische Gesellschaft, die sich seit der französischen Revolution etablierte, hat sich im diametralen Gegensatz zu diesem Freiheitsbegriff entwickelt. Die Grundfreiheiten der bürgerlichen Demokratie werden im Interesse einer schmalen Oberschicht und

<sup>35)</sup> „Rude Pravo“, Prag, 19. Mai 1968

<sup>36)</sup> „Volksstimme“, Wien, 1. Mai 1968

zum Schaden der großen Mehrheit des Volkes gebraucht: Die Freiheit der Ausbeutung ist geschützt. Die Lehr- und Lernfreiheit ist noch sehr weitgehend auf jene beschränkt, die über die notwendigen materiellen Voraussetzungen verfügen. Die Pressefreiheit erlaubt die unzensurierte Herausgabe von Presseerzeugnissen allen jenen, die die notwendigen Millionenbeträge bereitstellen können. Es gibt Meinungsfreiheit und Freiheit der politischen Agitation, aber diese Freiheiten werden in einer Gesellschaft, in der es wirtschaftlich Bevorrechtete gibt, zum Schaden der Minderbemittelten gebraucht. Die Entscheidung darüber, was wahr und was falsch, was Recht und was Unrecht, was gut und was schlecht ist, ist vorbestimmt durch jene, die auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Macht sich den beherrschenden Einfluß auf die Massenmedien und Informationsmittel gesichert haben. Die Meinungsfreiheit, die „Objektivität“ existieren nur scheinbar und zum Schaden der breiten Masse, zum Schaden der Schwächeren. Der Fuchs und die Hühner haben das gleiche demokratische Recht, einander aufzufressen.

Demokratie im wirklichen Sinne des Wortes verlangt Sicherung der Menschenwürde, die mit der Ungleichheit im Kapitalismus, die mit der Ausbeutung, mit der unentgeltlichen Aneignung fremder Arbeit nicht vereinbar ist. Der Freiheitsbegriff der französischen Verfassung von 1791, der die Freiheit mit dem Recht identifiziert, alles zu tun, was keinem anderen schadet, kann überhaupt erst in einer Gesellschaftsordnung verwirklicht werden, in der die Ungleichheit von Ausbeutern und Ausgebeuteten verschwunden ist, in einer Gesellschaftsordnung, in der die Grundinteressen des einzelnen mit denen der Gesellschaft übereinstimmen. Eine solche Übereinstimmung aber kann erst im Sozialismus verwirklicht werden. Und darauf beruht auch die demokratische Überlegenheit des Sozialismus, weil er seinem Wesen nach eine Politik für das Volk, mit dem Volk und durch das Volk verwirklicht. Gibt es in der Demokratie des Kapitalismus Freiheitsrechte, die von privilegierten Schichten zum Schaden der Schwächeren und Nichtprivilegierten benützt werden, so haben in der klassenlosen Gesellschaft alle Mitglieder, unabhängig von ihrer materiellen Situation, die gleiche Chance, von den demokratischen Freiheitsrechten Gebrauch zu machen.

Aber auch im Sozialismus gibt es keine abstrakte Freiheit, keine abstrakte Demokratie. Die Freiheitsrechte werden in einem Prozeß der Befreiung gewährt und haben zur Voraussetzung das Verständnis für die im Interesse des Ganzen historisch bedingten Prioritäten. Auch nach

der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse ist die Kraft der kapitalistischen Bourgeoisie noch nicht endgültig gebrochen. Der sozialistische Staat muß mit dem Einfluß und der Macht des ausländischen Kapitalismus und imperialistischer Staaten rechnen. Im Inland ist der Kapitalismus enteignet, aber die Träger der alten Ordnung verfügen über Geld, über die bessere Ausbildung, über Verwaltungskennnisse und politische Erfahrungen. Es existieren noch die kleinen Produzenten, die im Gewerbe und die in der Landwirtschaft. Sie sind nicht von heute auf morgen in den Sozialismus integrierbar, sie stellen eine potentielle Basis für die Entwicklung kapitalistischer Unternehmungen dar. Der neue Staat braucht sie. Er muß mit ihnen zurecht kommen.

Nach einem Besuch der Tschechoslowakei, im Mai 1968, als der Demokratisierungsprozeß dort seine hohen Wellen schlug, berichtete Genosse Luigi Longo: „Es gibt dort noch ideologische Überbleibsel (Residuen) der Vergangenheit. Es gibt im Lande noch einige Hunderttausend Personen, die durch den Sozialismus enteignet wurden und die ihm daher feindlich gesinnt sind. Sie finden eine Ermutigung in der Nachbarschaft der westlichen Welt mit ihren militärischen Kräften und mit ihren Mitteln der ideologischen und propagandistischen Beeinflussung.“

Im Interesse der neuen Rechte der Werktätigen und der weiteren Befreiung und Demokratisierung der gesamten Gesellschaft sind gewisse Beschränkungen hinsichtlich der demokratischen Freiheitsrechte zeitweilig notwendig. Aber mit all dem ist diese neue Demokratie, indem sie die Privilegien, die zum Schaden der breiten Masse des Volkes gebraucht wurden, abschafft, der alten bürgerlichen Demokratie millionenfach überlegen. Selbst Mißbräuche und Deformationen im Sozialismus, die keineswegs gesetzmäßig sind und im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus stehen, können die grundsätzliche Überlegenheit des Sozialismus nicht aus der Welt schaffen, „... daß auch der schlechteste Sozialismus immer noch besser ist, als der beste Kapitalismus“, erklärte Georg Lukacs, als er auf den Personenkult Stalins angesprochen wurde.

Der Demokratisierungsprozeß im Sozialismus, der Fortschritt zu immer umfassenderen Rechten für alle Mitglieder der Gesellschaft, geht unter bestimmten gesellschaftlichen und historischen Bedingungen, unter Bedingungen einer weltweiten Auseinandersetzung vor sich. Jeder Schritt zur weiteren Entfaltung der Demokratie ist eine Kampffrage, die im Zusammenhang steht mit den feindlichen Bestrebungen, das Ganze, die Errungenschaften des Sozialismus insgesamt zu gefährden.

„Macht ist des Staates Freiheit“, schrieb Friedrich List. Die Freiheit der Werktätigen ist im Sozialismus auch durch die Macht und die Fähigkeit bestimmt, sich gegenüber der Welt des Imperialismus durchzusetzen. Es ist daher kein Zufall, daß im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß in der ČSSR von den führenden Männern der Partei und des Staates die Notwendigkeit der Disziplin, die führende Rolle der Partei und die Treue zum sozialistischen Bündnisystem immer wieder unterstrichen wurden.

Die Veränderung der Welt durch die Existenz und die Entwicklung des sozialistischen Staatensystems hat auch uns, den österreichischen Kommunisten, die Orientierung auf den friedlichen Weg zum Sozialismus möglich gemacht. Diese Veränderungen erfüllen uns gleichzeitig mit der Zuversicht, daß die sozialistische Revolution unter den günstigen Bedingungen, unter denen wir sie für Österreich konzipieren, „zu den bestehenden demokratischen Freiheiten und Errungenschaften neue... hinzufügt, ohne die erkämpften und erworbenen demokratischen Freiheiten und Errungenschaften, ohne die bestehenden persönlichen Freiheiten aufzuheben.“<sup>37)</sup>

Andere kommunistische Parteien haben ähnliche Schlußfolgerungen gezogen. Besonderes Gewicht fällt dabei der inneren Entwicklung der sozialistischen Länder zu, den neuen Möglichkeiten, die wirtschaftlich-soziale und politisch-demokratische Attraktivität des Sozialismus zu erhöhen. Es war eine optimistische, aber auch wissenschaftliche Prognostik, die Walter Ulbricht anläßlich der Feierlichkeiten zum 150. Geburtstag von Karl Marx formulierte: „Im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird jenes System den Sieg erringen, das in der Lage ist, dem werktätigen Menschen jene Stellung zu verschaffen, die ihm als Schöpfer aller Werte zukommt. Jenes System wird verlieren und untergehen, das die technische Revolution, die in ihr geschaffenen Produktivkräfte, dem Profit- und Machtstreben unterordnet und den Menschen in ein Anhängsel dieses Systems verwandelt.“

Doch das Hauptmerkmal, das eine solche Gesellschaft charakterisiert, wird die Rolle der werktätigen Menschen als Schöpfer und Gestalter des materiellen, geistigen und kulturellen Reichtums sein... Diese sozialistische Gesellschaft wird eine Gesellschaft politisch reifer Bürger sein, die es lernen, den eigenen Staat zu regieren, die sozialistische

<sup>37)</sup> Thesen über Perspektiven, a. a. O., S. 347

Gesellschaftsordnung zu entwickeln, die wach und aufmerksam das Geschehen in der Welt verfolgen, die die eigenen großen Ressourcen nutzen wollen, um auch den Staaten und den Völkern, die sich aus der neokolonialistischen Herrschaft befreien, zu helfen.“<sup>38)</sup>

Diese Vorausschau entspricht den marxistischen Begriffen von Freiheit und Demokratie. Friedrich Engels hatte die Freiheit als „Erkenntnis des Notwendigen“ bezeichnet und den Sozialismus als „den Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“. Wissen und Erkenntnis sind Voraussetzung für die freie Entscheidungsfähigkeit des Menschen. Erst der Sozialismus sichert im wahren Sinne des Wortes eine Demokratie, weil hier der Nutzen des einen nicht zum Schaden des anderen wird, weil sich hier die Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen in Übereinstimmung befinden mit den erkannten Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft.

<sup>38)</sup> Walter Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968, S. 18f und 28f

## 4.

### Ideologisch offensiv und tolerant

„...weil die Ideologie ein immer mächtigeres und wirkungsvolleres Instrument im Kampf der zwei wichtigsten miteinander wetteifernden sozialpolitischen Systeme sein wird. ...Die friedliche Koexistenz garantiert also keinen Status quo, keine Unveränderlichkeit der etablierten Gesellschaftsordnung. Ideologische Unterschiede voraussetzen heißt auch, den verstärkten Wettkampf um die Herzen und Hirne der Menschen voraussetzen, an welche beide Systeme appellieren.“<sup>39)</sup>

Wir leben im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es gibt heute – wie aus einem UNESCO-Bericht hervorgeht, genausoviele lebende schöpferische Gelehrte und Wissenschaftler wie es seit den Anfängen der Menschheit bisher insgesamt gegeben hatte. Die Quantität der menschlichen Erkenntnisse hat sich seit den letzten acht Jahren verdoppelt, ergänzt Roger Garaudy in dem bereits zitierten Buch.

Diese Entwicklung umfaßt alle Bereiche der Forschung und verlangt von den Kommunisten erhöhte Aufmerksamkeit, denn neue Erkenntnisse, neue Wahrheiten sind neue Verbündete der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Im Klasseninteresse am Fortschritt der Wissenschaft dokumentiert sich eine Überlegenheit unserer Sache, die in der Praxis unserer Parteiarbeit noch viel zu wenig Berücksichtigung gefunden hat.

Nach einem Wort von Marx sind die herrschenden Ideen stets die Ideen der herrschenden Klasse. Ein anschauliches Detail dazu schildert der Prager Gelehrte Jindřich Filipce im Rahmen eines „Weg- und Ziel“-Vor-

<sup>39)</sup> Adam Schaff, Marx oder Sartre, Wien 1964, S. 170ff.

trages in Wien: „Die Vorstellung vom unvoreingenommenen Wissenschaftler, der rückhaltlos das Treiben und den Lauf der Geschichte bestimmen kann, ist allerdings sehr naiv. In einer Diskussion in Westdeutschland äußert der Freiburger Nationalökonom Prof. Dams die Ansicht, die Wissenschaft sei doch anonym und niemand könne im Voraus sagen, wie das Ergebnis der wissenschaftlichen Expertise ausfallen werde. Rüdiger Altmann von der Deutschen Industrie- und Handelskammer zerstörte diesen Mythos brutal, indem er erwiderte, größtenteils weiß man es... ich will Ihnen ein Beispiel bringen, Herr Dams. Wir wissen genau, welche Ansichten die einzelnen Professoren auf einem bestimmten Gebiet der Ökonomie oder des öffentlichen Rechts vertreten. Wir kennen auch die Höhe der Honorare, die sie fordern. Und danach richten wir uns einfach ein.“<sup>40)</sup>

Diese, etwas direkte Methode, wie sie zweifellos bei der Auswahl der sogenannten Eliten im Kapitalismus vorkommt, soll keineswegs verallgemeinert werden. Der Einfluß auf die wissenschaftliche Produktion wird in der Regel weniger bewußt, wenn auch nicht weniger wirkungsvoll, durch die Beziehungen von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein bestimmt.

Gleichzeitig aber darf man nicht übersehen, was es für die Bewußtseinsbildung bedeutet, daß wir im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution leben und in der Epoche, da das sozialistische Welt-system zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik wird. Fernsehen, Radio und Presse, Film und Touristik, wissenschaftlicher Meinungsaustausch und Buchhandel sind längst zu einem Faktor geworden, der die Verbreitung von Ideen und Erkenntnissen weit über die Grenzen der sozialistischen Staatenwelt hinaus gewährleistet. Die Existenz und das Beispiel der sozialistischen Welt beeinflussen das Denken der Menschen weit über die Arbeiterklasse hinaus auch in den kapitalistischen Staaten und natürlich auch in den unterentwickelten Ländern. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, das größere Wissen und die breiteren Informationsmöglichkeiten bieten auch dem Intelligenzler in der kapitalistischen Welt eine progressive Rolle an. Viele sind dadurch autonomer in ihrem Denken. Wir finden sie in vielen Kämpfen für Demokratie, Frieden und Sozialismus an der Seite der Arbeiterklasse.

In der kapitalistischen Welt stehen sich immer wieder das bessere Wissen der Wissenden und die schlechteren Absichten der herrschen-

<sup>40)</sup> „Weg und Ziel“, Wien, Juni 1967

den Klasse gegenüber. E. Fischer kann man wohl zustimmen, wenn er davon spricht, daß Wissenschaft, Kunst und Philosophie der Aufstand der Wirklichkeit gegen das falsche Bewußtsein ist,<sup>41)</sup> aber sein Appell, Intellektuelle aller Länder vereinigt Euch!, übersieht, daß für die Intellektuellen eine völlig andere Situation dort besteht, wo die Ideologie wissenschaftliches Bewußtsein ist, wo der Klassencharakter bestimmter Wahrheiten nicht im Widerspruch zum Klassencharakter der Gesellschaft steht, wo wissenschaftliche Erkenntnis und Klasseninteresse – trotz vorkommenden dogmatischen Entartungen und Störungen – harmonieren. Die geistig, die kulturell, die wissenschaftlich tätigen Menschen befinden sich in einer völlig anderen Situation, je nachdem ob sie in der kapitalistischen Welt oder im Sozialismus wirken. Kritik und Opposition haben hier eine andere Funktion als der „Aufstand gegen die Wirklichkeit“ im Kapitalismus.

Aber auch die sozialistische Gesellschaft hat hier noch bestimmte ungelöste Probleme. Die Kommunisten in den sozialistischen Ländern unseres Kontinents haben längst keinen Grund mehr, sich als Soldaten in einer „eingeschlossenen Festung“ zu fühlen, sie sind – einschließlich der DDR – längst Repräsentanten einer Idee geworden, die ihre Fähigkeit, die Welt zu verändern und zu verbessern, unter Beweis gestellt hat. Demgegenüber bekundet die administrative Engherzigkeit, mit der manchmal versucht wird, in geistig-ideologische Vorgänge einzugreifen, eher zu wenig Bewußtsein von der Macht und Bedeutung der erkämpften Errungenschaften.

Die Problematik, die ich damit andeuten wollte, darf jedoch nicht dazu verleiten, den grundlegenden Unterschied gegenüber der imperialistischen Welt zu übersehen, der sich schon in der Tatsache manifestiert, daß der Sozialismus bzw. der Kommunismus, die besten Bedingungen dafür schafft, daß die großen Leistungen von Wissenschaft und Technik zum Wohle des Menschen und nicht zu seinem Untergang führen, daß Automation, Kybernetik, Atomwissenschaft, Biologie usw. die Zivilisation nicht mit Krise und Zerstörung bedrohen, sondern dem weiteren Fortschritt der Menschheit dienen.

Das Programm des Sozialismus sieht den Ausgleich zwischen körperlicher und geistiger Arbeit vor. „In der Sowjetunion vollzieht sich die Nivellierung von körperlicher und geistiger Arbeit vor allem dank des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Hebung des allgemei-

<sup>41)</sup> Ernst Fischer, Kunst und Koexistenz, Hamburg 1966, S. 44/45

nen sowie des kulturell-technischen Niveaus der Arbeiter und Bauern auf das der Spezialisten, der Intellektuellen, die auf verschiedenen Gebieten von Technik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur tätig sind“, schreibt Nikolai Djakonow.<sup>42)</sup> Tatsächlich wird das Bildungssystem der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten, die Großzügigkeit, mit der Schule, Forschung, Kunst und Kultur gefördert werden, allgemein in der Welt anerkannt.

Während in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der Werktätigen in der Sowjetunion um 20% zugenommen hat, ist die Zahl der mit geistiger Arbeit Beschäftigten um 58% gestiegen. 660 000, das ist ein Viertel der Gesamtzahl der Wissenschaftler, sind in der Sowjetunion tätig. Dieser Entwicklung und der Qualität der Beziehungen zwischen Wissen und Gesellschaftsordnung im Sozialismus entspricht auch der Einfluß und das starke politische Engagement der Intelligenz, die Identifizierung mit ihrer Gesellschaftsordnung, die auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU symptomatischen Ausdruck in der Feststellung fand: 55,5% der Delegierten haben Hochschulbildung.

Die potentielle Kraft, die dieses Bündnis unserer Sache mit Wissenschaft und Wahrheit darstellt, ist noch kaum ausgewertet. Darauf aber kommt es an: Das Bewußtsein dieser Kraft zu vermitteln und die offensive Freude an geistiger Auseinandersetzung, Dialog und Konfrontation der Ideen.

Ideologisch offensiv heißt nicht ideologisch intolerant.

Der Dialog und die Konfrontation der Ideen muß verbunden sein mit dem Bemühen, über die Meinungsverschiedenheiten hinweg, gemeinsame Grundlagen für das Zusammenwirken, für die Partnerschaft in Grundfragen des Kampfes für Demokratie, Frieden und Sozialismus zu suchen.

Unsere ideologische Toleranz entspricht unserem Bekenntnis zum Pluralismus auf dem Weg zum Sozialismus: „Wir orientieren uns auf einen Weg, der die Möglichkeiten des freien künstlerischen und wissenschaftlichen Schaffens erhöht, die Gewissensfreiheit garantiert, die Empfindungen der religiösen Menschen respektiert . . . Der friedliche Weg zum Sozialismus wird von mehreren Parteien beschrritten werden und mit Wandlungen und Veränderungen bestehender Parteien verbunden sein, die dann gemeinsam den Sozialismus erreichen werden. In der Verständigung verschiedener Gruppierungen gegen das Monopol-

<sup>42)</sup> „Sowjetunion heute“, Wien, 13. Jg. 1967

kapital von heute kündigt sich das Bündnis verschiedener Parteien, die verschiedene Schichten der Gesellschaft vertreten, beim Aufbau des Sozialismus an.“<sup>43)</sup>

In diesen Formulierungen der Thesen des XIX. Parteitagess sind eine Reihe von Aufgaben und Möglichkeiten angedeutet. Die Orientierung auf den friedlichen Weg zum Sozialismus – und das ist vielfach noch zu wenig bewußt geworden – ist eine Orientierung auf die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die, durch verschiedene Parteien repräsentiert, nur gemeinsam mit politischen Kräften, die sich weltanschaulich von uns unterscheiden, mobilisiert werden kann. Voraussetzung für eine solche Orientierung ist die ideologische Toleranz gegenüber den Verbündeten.

Unsere Partei hat in dieser Richtung bereits eine Reihe wichtiger Vorarbeiten geleistet. Sie hat das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer neuen Haltung zur Religion geweckt. „Das Problem des religiösen Bewußtseins selbst, seines Inhalts, seiner Wurzel unter den Massen und der Art, wie es zu überwinden ist, muß auf andere Art als in der Vergangenheit gestellt werden, wenn wir Zugang zu den katholischen Massen haben und von ihnen verstanden werden wollen.“<sup>44)</sup> Das schrieb Genosse Togliatti in seinem berühmt gewordenen Memorandum von Jalta. Tatsächlich hat der „Arbeitskreis für Probleme des Katholizismus beim ZK der KPO“ eine Reihe von Materialien herausgebracht, die das Bemühen zeigen, den neuen Entwicklungen im Katholizismus und der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Anschläge gegen Demokratie und Frieden gemeinsam abzuwehren.

Indem wir uns den Weltanschauungen anderer gegenüber tolerant zeigen, fühlen wir uns jedoch keineswegs zu ideologischer Resignation veranlaßt. Ideologische Toleranz heißt nicht Preisgabe unserer philosophischen Erkenntnisse, unserer wissenschaftlichen Kampfmittel. Lombardo Radice hat in einem Artikel über „Bilanz des Dialogs“ mit seiner Formulierung: „Die revolutionäre Partei ist keine philosophische Schule“<sup>45)</sup> ein sehr geteiltes Echo ausgelöst. Daß man hier nicht ganz einfach mit einem Ja-ja oder Nein-nein auskommt, hat die Partei Radices selbst überzeugend festgestellt. In dem Dokument „Probleme der Einheit der italienischen sozialistischen Arbeiterbewegung“, das im Sommer 1965 vom Zentralkomitee der KPI beschlossen wurde, hieß es

<sup>43)</sup> Thesen über Perspektiven, a. a. O., S. 348

<sup>44)</sup> Memorandum des Genossen Palmiro Togliatti, a. a. O.

<sup>45)</sup> „Weg und Ziel“, Wien, Jänner 1967

bereits: „Die Grundlage für die Aktion und das Leben der Partei ist vor allem ihr politisches Programm und ihr Statut... Wir fordern die Arbeiter, die das politische Programm der Partei billigen, auf, in unsere Partei einzutreten, unabhängig von ihrer philosophischen und religiösen Anschauung... Das Programm selbst entspringt einer Weltanschauung, einer Konzeption der Beziehungen zwischen den Menschen, der Wirklichkeit und der Geschichte: dem Marxismus. Der Klassencharakter der Partei und ihr Ziel, die Umwandlung der Gesellschaft im sozialistischen Sinn, wird in der marxistischen Ideologie bekräftigt, die die Partei vor allen anderen politischen Kräften als bewußten Führer einer revolutionären Bewegung, einer historischen Entwicklung, qualifiziert.“

Natürlich wird man berücksichtigen müssen, was in der Diskussion zur Verteidigung der Formulierung Radices gesagt wurde: daß Religion nicht so sehr durch atheistische Agitation, sondern durch die Abschaffung der Zustände, auf denen die Religiosität basiert, überwunden werden kann; „daß die Hauptrolle im Kampf für den Sozialismus die politischen und nicht die philosophischen Fragen spielen“; daß der dialektische Materialismus nicht eine fertige, endgültige, der Entwicklung nicht mehr fähige Weltanschauung mit unfehlbaren Urteilen über alles und jedes ist; usw. Mit all dem aber wird ein Grundpostulat des kommunistischen Manifestes nicht berührt: daß zu unserer Qualität als Kommunisten auch die wissenschaftliche „Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate“ des weltpolitischen Klassenkampfes gehört.

Im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution sind mehr denn je alle Bereiche unseres Lebens: Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in die internationalen Auseinandersetzungen einbezogen. Die Einheit der Welt und die Wechselbeziehungen aller Vorgänge kommen immer unmittelbarer zur Geltung. Die Einsicht in die Zusammenhänge der politisch-wirtschaftlichen Ereignisse und Entwicklungen wird daher durch das Wissen über Struktur und Bewegungsgesetze von Natur, Gesellschaft und Denken und durch das Verständnis der Zusammenhänge zwischen ihnen nicht gehemmt, sondern gefördert. Die Kenntnis der Philosophie des Marxismus-Leninismus hemmt nicht, sondern fördert die Fähigkeit, an der Veränderung der Welt mitzuwirken. Hier geht es nicht um unantastbare Glaubenssätze, Bekenntnisse und Verbindlichkeiten, sondern um Studium und Kenntnisse, um Fähigkeiten und selbständiges Denken. Auf dieser Linie können die erzieherischen Verpflichtungen der Partei nicht in Zweifel gestellt werden.

## 5.

### Beispiel für Entideologisierung: Die SPÖ

„Die Beratungen der Bruderparteien von 1957 und 1960, der XX. und XXII. Parteitag der KPdSU, versetzten den sektiererischen und dogmatischen Anschauungen, die als Erbe der Vergangenheit zurückblieben, einen entscheidenden Schlag... die Kommunisten berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung des Westens traditionelle Wurzeln hat, daß sie eine der einflußreichsten Strömungen darstellt und nicht unterschiedslos als ‚Agentur der Bourgeoisie‘ betrachtet werden kann.“<sup>46)</sup>

Das negative Beispiel, das Beispiel einer Partei, die den Weg der Entideologisierung beschritten hat und weitergeht, ist die SPÖ. Diese Feststellung ist von führenden sozialistischen Funktionären längst bestätigt worden: In den Jahren der Koalitionsregierung, zuletzt aber vor allem während der Olah-Krise, nach der Wahlniederlage vom März 1966 und vor dem Parteitag der SPÖ vom Jänner 1967, als die bürgerliche Presse wortführend die Ablöse Pittermanns durch Kreisky im Parteivorsitz manipulierte. Das waren Anlässe des Widerstandes gegen einen Prozeß, durch den die SPÖ immer tiefer in den Morast der Grundsatzlosigkeit geriet. Das Zeugnis jener sozialistischen Genossen, die sich um eine Abwehr dieser Entwicklung, um eine „Neuorientierung des demokratischen Sozialismus“ (Mörth) bemühten, spricht für sich:

Die Kritik an Olah in der „Zukunft“ (Ende Dezember 1964) richtete sich gegen die Führung der Sozialistischen Partei, indem sie nachwies, wie Olah mit seinem grundsatzlosen Machtstreben in der SPÖ hochgespielt wurde:

<sup>46)</sup> Aus einem Artikel der „Prawda“ in der Übersetzung der „Volksstimme“, Wien, 9. 2. 1963

„... konnte Olah mit Geschick und Brutalität ganz nach vorn gelangen. Es gab nie theoretische Auseinandersetzungen mit ihm, sondern nur taktische, denn er hatte keine ideologische Basis.“<sup>47)</sup>

„Franz Olah war einer der Verfechter dieser entideologisierten Machtpolitik. Er wollte sich über die ‚kleine Koalition‘ mit der FPÖ in den Kanzlersessel schwingen... aber in der Verfechtung dieser bedenklichen Machtpolitik mit der FPÖ stand Olah nicht allein.“<sup>48)</sup>

Zum Ergebnis der **Nationalratswahl** vom 6. März 1966 schrieb Josef Hindels: „Unsere Partei hat vor den Wahlen durch eine betont gemäßigte Politik der ‚Sozialpartnerschaft‘ die Herausbildung eines ‚falschen Bewußtseins‘ bei vielen Arbeitern und Angestellten erleichtert... Entscheidend ist die Besinnung auf die Grundsätze eines demokratischen und kämpferischen Sozialismus.“<sup>49)</sup>

Vor dem **Parteitag** vom Jänner 1967, der die Wahl Kreiskys zum Vorsitzenden der SPÖ brachte, schrieb Karl Czernetz: „Mit der Teilnahme an der Verwaltung von Staat und Ländern, Gemeinden und Wirtschaftsunternehmungen erfolgte ein institutionelles, aber vielfach auch geistiges Hineinwachsen in eine bürgerliche Ordnung... Überlastete Arbeiterfunktionäre fanden immer weniger Zeit und Muße und schließlich auch kein Interesse mehr für Grundsatzfragen, für ideologische und theoretische Probleme des Sozialismus... Gleichzeitig drang auch in allen Zweigen der Arbeiterbewegung der Typus des ‚Experten‘ vor, der alle Fragen entpolitisiert, entideologisiert, als scheinbare Sachfragen mit den Experten der anderen Seite bereinigen will.“<sup>50)</sup>

Die Beispiele mögen genügen. Inzwischen ist Kreisky Vorsitzender der SPÖ geworden und damit die Hoffnung auf eine „die Klassengegensätze und Klasseninteressen beim Namen nennende Sprache“ (Hindels), auf eine „Selbstbestimmung und Erneuerung im Geiste des sozialistischen Befreiungsauftrages“ (Mörth) beträchtlich gedämpft worden. Der Parteivorsitzende selbst steht an der Spitze bei den Bemühungen, die Verbürgerlichung der Sozialistischen Partei zu beschleunigen, die Anpassung an bürgerliche Ideologien zu vervollständigen. Im Sommer 1967 hielt er vor sudetendeutschen Sozialdemokraten jenes Referat, mit dem er diesen ideologischen Desorientierungs-Prozeß auch theoretisch

<sup>47)</sup> Fritz Klener, in „Zukunft“, Wien, Dezember 1964

<sup>48)</sup> Hermann Mörth, Ebenda

<sup>49)</sup> „Arbeiter-Zeitung“, Wien, 5. April 1966

<sup>50)</sup> „Zukunft“, Wien, Jänner 1967



zu fundieren suchte: „Vor unseren Augen“, sagte er, „vollzieht sich die Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung, wächst im Schoße der alten kapitalistischen eine neue heran, vollzieht sich in den demokratischen Staaten das, was einmal eine ‚Revolution ohne Tränen‘ genannt wurde.“<sup>51)</sup>

Kreisky sagte das zu einer Zeit, da sich „vor unseren Augen“ ein ganz anderer Wandel vollzieht, nämlich der zu einer noch weit: unverhüllteren Klassenpolitik der ÖVP: Die verstaatlichte Industrie ist dem bestimmenden Einfluß der ÖVP unterworfen; in der Erdölwirtschaft wurde mit dem Pipeline-Vertrag die Hegemonie ausländischer Monopole gesichert; die Exekutive ist fest in der Hand der reaktionären Kräfte in der ÖVP; aus Radio und Fernsehen ist die SPÖ völlig eliminiert und auf das Gnadenbrot des Herrn Bacher angewiesen; die sozialen Gesichtspunkte des Mieterschutzes und des Wohnungsbaues wurden durch die Prinzipien der kapitalistischen Marktwirtschaft ersetzt und die Belastungen der werktätigen Bevölkerungsschichten durch eine unsoziale Budgetpolitik werden von Jahr zu Jahr schlimmer. In dieser Situation lobt Kreisky den „Wohlfahrtsstaat“, erleichtert er die Klassenpolitik der ÖVP, indem er die Opposition auf Wortgefechte im Parlament beschränken möchte und die Mittel der außerparlamentarischen Demokratie verwirft.

Hatte der Jänner-Parteitag der SPÖ in seiner Schlußresolution noch versprochen, „der Klassenpolitik der ÖVP die sozialistische Alternative der sozialen Gerechtigkeit entgegenzustellen“<sup>52)</sup> so haben sich in der Praxis der SP-Politik längst wieder die Methoden der „Klassenzusammenarbeit“ mit der ÖVP durchgesetzt, deren Kehrseite die niveaulosen Angriffe gegen die Kommunisten sind. Nicht weil er die Kommunisten angreift, sondern durch das „Wie“ dieser Angriffe dokumentiert Kreisky seine ideologische Schwäche. Er sagt: „Und weil es drüben in den kommunistischen Diktaturen, die sich nicht mehr Diktaturen und auch nicht mehr Kommunisten nennen wollen (woher hat er das? E. Sch.), wieder Verfolgte gibt, hat es einen doppelten Sinn, von der Kluft zu sprechen, die unüberbrückbar zwischen uns liegt.“<sup>53)</sup>

Das sind zweifellos Feststellungen von größter politischer Tragweite. Kreisky weiß, daß er damit nicht nur auf das Schicksal der Arbeiter-

<sup>51)</sup> Aus der Rede vor der „Seliger-Gemeinde“, in: „Arbeiter-Zeitung“, Wien, 27. 8. 1967

<sup>52)</sup> „Arbeiter-Zeitung“, Wien, 2. Februar 1967

<sup>53)</sup> Aus der Rede vor der „Seliger-Gemeinde“, in: „Arbeiter-Zeitung“, Wien, 27. 8. 1967

klasse, sondern weit darüber hinaus auf die Sache der Demokratie und des Friedens Einfluß nimmt. Dennoch zeigt er nicht das geringste Bemühen, das, was er sagt, zu begründen, zu analysieren, was unter „Diktatur des Proletariats“ zu verstehen ist, zu untersuchen, wie weit der Begriff der geschichtlichen Wirklichkeit entspricht bzw. widerspricht, unter welchen Bedingungen die erste Arbeitermacht errichtet werden mußte und welche Wandlungen und Fortschritte es bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, insbesondere seit dem XX. Parteitag der KPdSU gegeben hat. Kreisky sagt „Diktatur“ so, als ob dieses Wort zu allen Zeiten, in allen sozialen Systemen, bei allen politischen Parteien und wissenschaftlichen Schulen immer ein und dasselbe bedeuten würde. In unserer Bewegung würden wir eine solche Haltung als „dogmatisch“ bekämpfen. Aber bei Kreisky ist es nicht Dogmatismus, dazu fehlt ihm der theoretische Hintergrund. Es ist ganz einfach billige prinzipienlose Agitation.

Auf der gleichen Linie liegt es, wenn Kreisky vor Grazer sozialistischen Lehrern seine „Distanzierung vom Kommunismus“ mit der Behauptung begründet: „Die Kommunisten streben mit allen Mitteln der Gewalt eine vollständige Veränderung der Gesellschaft an.“<sup>54)</sup> Daß Kreisky derartige Konstruktionen braucht, daß er sich auf „Dinosaurier-Argumente“ stützen muß, um gegen die Kommunisten aufzufahren, unterstreicht nur neuerlich, wie wenig er sich einer wirkungsvollen ideologischen Auseinandersetzung mit den programmatischen Beschlüssen der Kommunisten gewachsen fühlt. Das ist für ihn offenbar auch nicht so wichtig, solange es für diese Agitation noch ein aufnahmebereites Publikum gibt.

Den Kommunisten fällt es nicht schwer nachzuweisen, daß in den Thesen unseres XIX. Parteitages das Gegenteil von dem steht, was Dr. Kreisky behauptet. Darüber hinaus aber wird die wirkliche Politik unserer Partei noch wirkungsvoller durch die Haltung der Kommunisten in den täglichen Auseinandersetzungen und Kämpfen für die aktuellen Forderungen der Arbeiterschaft, für die Sache der Demokratie und des Friedens, für die Etappenziele auf dem Weg zum Sozialismus popularisiert. Insofern wir dabei den politischen Anforderungen unserer Zeit gerecht werden, uns als moderne politisch-ideologische Kraft der demokratischen und Arbeiterbewegung erweisen, können wir beitragen, allen jenen Behauptungen eine Abfuhr zu erteilen, die mit dem Blick nach rückwärts, die Evolution der Kommunistischen Partei übersehen möch-

<sup>54)</sup> „Neue Zeit“, Graz, 22. Jänner 1967

ten, – der einzigen Kraft, die gegenüber der reaktionären Offensive der ÖVP-Regierung eine zeitgemäße sozialistische Alternative entwickelt.

Aber das ist nur eine Seite einer politisch und ideologisch offensiven Politik. Unsere Orientierung ist weiter gesteckt und verlangt von uns Interesse an der Entwicklung in der SPÖ. „Der friedliche Weg zum Sozialismus wird von mehreren Parteien beschritten werden und mit Wandlungen und Veränderungen bestehender Parteien verbunden sein, die dann gemeinsam den Sozialismus erreichen werden“, heißt es in den Thesen des XIX. Parteitages. Wandlungen und Veränderungen in der SPÖ sind damit auch unsere Sache, sie werden sich auch nicht unabhängig von unserer eigenen Kraft und Haltung vollziehen. Bei unserer ideologischen Einflußnahme sollten wir daher auch jenen Argumenten mehr Aufmerksamkeit schenken, die in den Traditionen der SP selbst verankert sind, sollten wir uns bemühen, der gegenwärtigen Politik der SP-Führung mit den besseren Argumenten des österreichischen Sozialismus zu begegnen. Eine solche Argumentation könnte dazu beitragen, überzeugender als Repräsentanten einer gemeinsamen Vergangenheit und einer gemeinsamen Zukunft mit den Sozialisten aufzutreten.

Neben der notwendigen ideologischen Kritik, neben den Bemühungen um gemeinsame Aktionen für aktuelle Kampffragen, ist auch eine neue Haltung zu den positiven Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung eine wichtige Voraussetzung dafür, um die Gesamtverantwortung der KPÖ für die Sache der Demokratie und des Sozialismus sichtbar zu machen. Gerade für Marxisten müßte es eine stets verständliche Aufgabe sein, positive Errungenschaften vergangener Epochen zu integrieren und dem eigenen politischen Konzept einzuverleiben.

Fragen wir uns in diesem Zusammenhang: Welche Rolle spielt der Hainfelder Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in unseren politischen Auseinandersetzungen? Und doch hat seine Forderung: „Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten...“<sup>56)</sup> während und nach dem Jänner-Parteitag der SPÖ eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen mit der Richtung Kreisky und zur Rechtfertigung außerparlamentarischer Kämpfe gespielt. Nicht weniger bedeutungsvoll ist die Ergänzung, die dieses Programm auf dem Wiener Parteitag der SP von 1901 gefunden

<sup>56)</sup> Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, a. a. O., S. 138

hat: „Daß der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes, das Ziel, die Eroberung der politischen Macht, das Mittel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß.“<sup>57)</sup>

Wir sollten weniger Scheu haben, nicht nur anzuerkennen, welche Leistungen die alte Sozialdemokratie für die Entwicklung des Klassenbewußtseins vollbracht hat, sondern uns auch direkt als Fortsetzer dieses Werkes betrachten. Kampf-Traditionen aus der Ersten Republik, gepaart mit unserem eigenen ideologischen Beitrag, waren imstande, dieses Klassenbewußtsein – über alle Perioden der Sozialpartnerschaft hinweg – lebendig zu erhalten und auch der heutigen Führung der SPÖ manche Hindernisse bei ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit in den Weg zu legen. Warum sollen wir nicht an diese Traditionen erinnern, um unserem eigenen Standpunkt größere Überzeugungskraft zu verleihen?! Halten wir also der prinzipienlosen Sozialpartnerschaftspolitik, die die SP-Führung heute unter Dr. Kreisky vertritt, die Feststellungen des sozialdemokratischen Philosophen Max Adler entgegen, die dieser in seiner Auseinandersetzung mit den austrofaschistischen Ständepolitikern formuliert hatte: „Der Gegensatz der Lebensinteressen gehört zum Wesen der Klassengliederung. Man kann daher nicht am Klassenbegriff festhalten und zugleich von grundsätzlicher Zusammenarbeit der Klassen oder auch nur von einer dauernden Vermittlung ihrer Gegensätzlichkeit reden. Die faschistische „Ständetheorie“, die von der Verbreitung dieser Versöhnungsideologie lebt, ist daher nur so konsequent, wenn sie die Realität der Klassen leugnet oder zumindest für überwunden erklärt und sie, wenn sie ihr trotzdem entgegentritt, in der Nacht ihrer Gräber und Kerker verschwinden lassen will.“<sup>57)</sup>

Die Jahre der faschistischen Verfolgung waren auch Jahre der ideologischen Selbstbesinnung der österreichischen Sozialisten. Damals stand nicht der Antikommunismus, sondern die Aktionseinheit mit den Kommunisten auf der Tagesordnung. Das Bündnisabkommen zwischen Kommunisten und revolutionären Sozialisten vom März 1936 erfolgte auf der Basis eines gemeinsamen Programms, das in fünf Punkten politische, sozialpolitische und wirtschaftliche Forderungen mit einer gemeinsamen außenpolitischen Orientierung verbindet, deren Kernsatz „Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion“ lautete.

<sup>56)</sup> Ebenda, S. 146

<sup>57)</sup> Max Adler, Die solidarische Gesellschaft, Wien 1964, S. 91

Damals, nach den Erfahrungen vom Februar 1934 veröffentlichte Otto Bauer auch sein Buch „Zwischen zwei Weltkriegen?“, das durch eine positive Einschätzung der historischen Rolle der Sowjetunion und seine Hoffnung auf den integralen Sozialismus auch noch heute Beachtung verdient. Nicht alle Vorhersagen, die hier gemacht wurden, sind durch die geschichtliche Entwicklung bestätigt worden. Aber vieles, was Otto Bauer damals schrieb, klingt wie eine Mahnung: „Die Allianz der demokratischen Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder mit der Sowjetunion ist die heute schon mögliche und historische Tat, die den Gegensatz zwischen dem demokratischen Sozialismus des Westens und dem revolutionären Sozialismus des Ostens aufheben kann und muß. Die Synthese geistig politischer Freiheit und ökonomisch sozialer Befreiung – sie wird zur sieghaften Idee werden, wenn in derselben Zeit, in der der Faschismus in weiten Gebieten der kapitalistischen Welt die größten Kulturerrungenschaften des bürgerlichen Zeitalters zerstört, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion sich selbst zu demokratisieren und damit die größten Kulturerrungenschaften des bürgerlichen Zeitalters auf der höheren Entwicklungsstufe einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung wiederherzustellen beginnen wird.“<sup>58)</sup>

Das sozialistische Weltsystem ist heute ein weitaus mächtigerer Antipode des Imperialismus, als es die Sowjetunion vor dem 2. Weltkrieg sein konnte. Mit der Welt des Sozialismus wird heute nicht nur die Politik der friedlichen Koexistenz assoziiert, seit dem XX. Parteitag der KPdSU hat auch ein zeitweilig durch Schwierigkeiten und Rückschläge gehemmter Prozeß zur vollen Entfaltung der sozialistischen Demokratie eingesetzt. Gleichzeitig setzt sich im sogenannten freien Westen eine Entwicklung zu reaktionären, antidemokratischen Regimen immer un-  
verhüllter durch: Das Amerika des Vietnamkrieges, gezeichnet durch den Kennedy-Mord und die Ermordung all jener, die gegen die Mörder zeugen könnten; das Westdeutschland der Notstandsgesetze, mit all den potentiellen Gefahren für die ohnehin beschränkten demokratischen Freiheiten; das Regime der persönlichen Macht in Frankreich; die Macht der Monopole, die sich über die Institutionen der EWG unter Ausschaltung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Westeuropa breit macht; der Königs-Putsch in Griechenland – das alles sind Beispiele für eine widersprüchliche Entwicklung, in der sich die sozialistische Welt ein weiteres Mal der kapitalistischen überlegen zeigt.

<sup>58)</sup> Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen?, Bratislava 1936, S. 212 und 214

In einer Reihe europäischer Länder hat unter dem Eindruck dieser Entwicklung ein Suchen und Diskutieren begonnen, bei dem auch neue Gesichtspunkte für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Sozialisten und Kommunisten eine Rolle spielen: in Italien, in Frankreich, in Schweden, in Belgien, in Finnland und anderen Ländern. Auch in Österreich sollten die, wenn auch noch leisen, Stimmen jener Sozialisten nicht überhört werden, die, wie J. Hindels und der inzwischen verstorbene H. Mörth an den integralen Sozialismus O. Bauers anknüpfen und eine neue Politik der SPÖ gegenüber den Kommunisten verlangen. In den Thesen des XIX. Parteitages haben wir die Verständigung mit sozialistischen Genossen als politische Hauptaufgabe bezeichnet. Aber trotz aller Erkenntnisse über die Bedeutung gemeinsamer Aktionen und einer qualifizierten Zusammenarbeit in der Perspektive mit der SPÖ, haben wir in der Richtung auf eine solche Orientierung weit weniger grundsätzliche Vorarbeit geleistet wie vergleichsweise hinsichtlich des Katholizismus. Die Aufgabe, unsere historischen und ideologischen Beziehungen zur österreichischen Sozialdemokratie zu erforschen, die notwendigen Korrekturen an vergangenen Fehlern durchzuführen und das ideologische Gespräch, die ideologische Auseinandersetzung mit der SPÖ auch vom Gesichtspunkt der gemeinsamen Vergangenheit zu führen, bleibt noch zu erfüllen.

Unsere Kritik an der SPÖ und unsere ideologisch offensiven Auseinandersetzungen werden mehr Verständnis finden, wenn sie im Geiste dieser Aufgabenstellung erfolgen.

## 6.

### Für einen modernen Arbeitsstil

„Die ideologische Hauptschwäche der Parteileitungen besteht darin – wobei die Hauptverantwortung die Parteiführung trifft –, daß es bisher nur ungenügend gelungen ist, die politische Initiative auf der Grundlage dieser Orientierung zu entwickeln . . . Nur Kommunisten, die von der Richtigkeit der marxistischen Schlußfolgerungen, die sich aus den Veränderungen der Kräfteverhältnisse ergeben, überzeugt sind, können österreichische sozialistische Arbeiter von der Notwendigkeit der Aktionseinheit, können österreichische Demokraten von der Notwendigkeit der Sammlung demokratischer Kräfte überzeugen.“<sup>59)</sup>

Die Jahre der ersten Republik stellten andere Anforderungen an die Kommunisten als die Jahre der Illegalität und des 2. Weltkrieges. Unter den Bedingungen unserer Tage erhalten die ideologischen Auseinandersetzungen verstärkten Einfluß und Gewicht. Nur durch ihr Wissen und ihre Informiertheit über die wichtigsten Vorgänge im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Leben können Kommunisten in den täglichen Auseinandersetzungen bestehen, nur so können sie kollektiv die von den Thesen gestellte Aufgabe, „die politischen und geistigen Voraussetzungen für den Übergang“ zum Sozialismus schöpferisch zu entwickeln, lösen. Die Fähigkeit der Partei, den neuen Notwendigkeiten angepaßt zu handeln, hängt weitgehend vom Verständnis der Mitglieder für die neuen Aufgaben ab.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion gibt uns das Beispiel einer Partei, die bereits mit den statutarischen Bedingungen die Mitglieder

<sup>59)</sup> Thesen über Perspektiven, a. a. O., S. 354–355

auf die Grundaufgaben orientiert. Hatte sich Lenin auf dem II. Parteitag der russischen Sozialdemokratie noch damit begnügen können, vom Mitglied zu verlangen, daß es das „Programm anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch die persönliche Betätigung in einer der Parteiorganisationen unterstützt“,<sup>60)</sup> so sind später, insbesondere nach dem Sieg der Oktoberrevolution die Anforderungen an das Parteimitglied präziser und verpflichtender formuliert worden. Nach der letzten Änderung des Parteistatuts auf dem XXII. Parteitag der KPdSU heißt es zum Beispiel unter „Die Parteimitglieder, ihre Pflichten und Rechte“:

„Das Parteimitglied ist verpflichtet . . . für die Schaffung der materiellen und technischen Basis des Kommunismus zu kämpfen, ein Vorbild kommunistischer Einstellung zur Arbeit zu sein, die Arbeitsproduktivität zu heben, Bahnbrecher alles Neuen und Fortschrittlichen zu sein, den fortschrittlichen Erfahrungen Geltung zu verschaffen und sie zu verbreiten, die Technik zu meistern, sich beruflich zu vervollkommen, das gesellschaftliche, sozialistische Eigentum als Grundlage der Macht und des Wachstums des Sowjetlandes zu hüten und zu mehren . . .“<sup>61)</sup>

Struktur und Arbeitsstil der Partei sind funktionell abhängig von den Aufgaben und den Bedingungen des Kampfes. Marxisten bemühen sich dabei nicht nur, von dem auszugehen, was ist, sondern auch das zu sehen, was wird, was sich entwickelt. In diesem Zusammenhang verdienen noch zwei Erscheinungen unserer Zeit Beachtung:

1. In dem Maße, da sich in der Produktion die Automation durchsetzt, geht auch in den Industrieländern eine Verschiebung der Beschäftigtenstruktur, vom einfachen Arbeiter und Angestellten zum Ingenieur, zum technischen und wissenschaftlichen Personal, vor sich. Diese Techniker und Wissenschaftler bleiben jedoch, entsprechend ihrer Stellung im Produktionsprozeß, Ausgebeutete und damit trotz ihrer neuen höheren Qualifikation Angehörige der Arbeiterklasse. Wie der tschechoslowakische Volkswirtschaftler Radovan Richta nachweist, wächst nun der Prozentsatz der Industriearbeiter nicht mehr an, wohl aber verändert sich die Zahl der im Bereich der Dienstleistungen Beschäftigten. Nach Sättigung in diesem Bereich vollzieht sich jedoch eine Verlagerung der Arbeitskräfte in das Gebiet der Wissenschaft, der Technologie, der Statistik, der Rechnungsführung und Datenverarbeitung, der Bildung

<sup>60)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 475

<sup>61)</sup> Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 17. bis 31. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 136

und Betreuung des Menschen im eigentlichen Sinne des Wortes.<sup>62)</sup> Der Vizepräsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, A. M. Rumjanzow, schreibt in der „Komsomolskaja Prawda“: „Es wurde errechnet – allerdings sollte man solche Dinge stets kritisch betrachten – daß bei unverändertem Anwachsen der Bevölkerung und der Zahl der Wissenschaftler und bei sonst gleichen Bedingungen die gesamte Menschheit im kommenden Jahrhundert in der Sphäre der geistigen und wissenschaftlichen Industrie arbeiten muß.“<sup>63)</sup>

Der Trend dieser Zukunftsperspektive ist bereits heute da, in Österreich deutlich erkennbar im zunehmenden Prozentanteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Er verdient Berücksichtigung in Sprache und Niveau unserer Argumentation.

2. Das politische Leben ist in den letzten Jahrzehnten weitaus raschlebiger, vielseitiger und umfangreicher geworden. Mehr denn je ist durch die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit, des Informationswesens und der Reisemöglichkeiten die Welt zu einer Einheit geworden. Die politische Publizistik ist gewaltig angewachsen. Zeitungen und Zeitschriften, Broschüren und Bücher, Rundfunk, Film und Fernsehen werden immer stärker auch in den Dienst der herrschenden Ideologie gestellt. Eine ihrer Funktionen ist die politische Desorientierung und die Trübung des Klassenbewußtseins der Arbeiter- und Angestelltenschaft.

Mehr denn je sollte daher unsere Aufmerksamkeit der Hebung des ideologischen Niveaus der Partei gewidmet sein. Das verlangt die wissenschaftlich-technische Revolution mit ihrer Unzahl von neuen Problemen. Das verlangt die Bündnispolitik, zu der wir uns bekennen, mit den erhöhten Ansprüchen, die sie an uns stellt. Das verlangen auch die Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse selbst.

Im Zusammenhang mit der Orientierung auf den friedlichen Weg zum Sozialismus haben wir in den Thesen des XIX. Parteitages die Bedeutung der ideologischen Fragen und die Notwendigkeit der Politisierung der Organisationsarbeit hervorgehoben. Klarheit ist eine der entscheidenden Voraussetzungen, um im Sinne unserer neuen Orientierung Initiativen zur Geltung zu bringen und den Einfluß auf die Arbeiterbewegung insgesamt und die progressiven Kräfte in Österreich zu verstärken.

<sup>62)</sup> „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Berlin, Heft 1, 1967

<sup>63)</sup> „Komsomolskaja Prawda“, Moskau, 8. Juni 1967